

Stan Cortenbach  
s4210956  
Hatertseweg 630  
6535 ZZ Nijmegen  
stan.cortenbach@student.ru.nl



**Radboud Universiteit Nijmegen**

# Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (1950-1961)

---

Bachelorarbeit zur Entwicklung und Identität des  
Blockes der Heimatvertriebenen und Entrechteten

**Bachelorarbeit  
Vorgelegt von  
Stan Cortenbach**

**1. Gutachterin: mw. dr. L. van de Grift**

**2. Gutachterin: mw. dr. S. Häffner**

**Radboud Universiteit Nijmegen**

**Faculteit der Letteren**

**Duitse taal en cultuur**

**Nijmegen, januari 2015**



## **Abstract**

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands beruht auf der Vertriebenenforschung nicht mehr das Tabu, das zuvor herrschte. Deutsches Leid ist mehr und mehr zum Thema öffentlicher Debatten geworden. Das deutsche Leid wurde jedoch in den 1950er Jahren bereits im Bundestag besprochen, weil es eine politische Partei, namens den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, gab. Zu dieser Partei gibt es wenig Forschung und es gibt verschiedene Ansichten über die Partei: Einerseits wird ihr Niedergang anhand großer Erfolge der Eingliederung der Vertriebenen, andererseits durch Radikalisierung der Partei erklärt. Diese Arbeit befasst sich mit der Frage, wie der Niedergang des Blockes der Heimatvertriebenen und Entrechteten zu erklären ist und wie sie sich ergeben hat. In erster Linie ist die erfolgreiche Eingliederung der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft als Faktor zum Niedergang zu nennen und daneben die Tatsache, dass die Partei später in radikaleren Standpunkten eine neue Orientierung fand, was die W hler nicht überzeugen konnte. Der Niedergang des Blockes der Heimatvertriebenen und Entrechteten hat also stark mit der erfolgreichen Eingliederung der Vertriebenen und der darauf folgenden Radikalisierung der Partei zu tun gehabt.



## Inhaltsverzeichnis

Abstract.....	2
1. Einleitung .....	5
2. Gesellschaftlicher und politischer Kontext in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg.....	9
2.1 Deutschland am Ende des Zweiten Weltkriegs .....	9
2.2 Politischer Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg .....	9
2.3 Gesellschaftliche Lage der Vertriebenen in den westlichen Besatzungszonen vor der Gründung der BRD .....	11
3. Gründung und Entwicklung des Blockes der Heimatvertriebenen und Entrechteten.....	14
3.1 Politische Lage in der Bundesrepublik vor der Gründung des BHE.....	14
3.2 Was wird vor der Gründung des BHE für die Verbesserung der Lage der Vertriebenen gemacht? .....	15
3.3 Die ersten Jahre des BHE – Aufstieg und Konsolidierung.....	16
3.4 BHE nach dem Austritt der K.O.-Gruppe – Niedergang .....	19
4. Wie ist der schnelle Niedergang des BHE nach dem raschen Aufstieg zu erklären? .....	21
4.1 BHE als Interessenpartei .....	21
4.2 Faktoren zum Niedergang politischer Parteien.....	23
4.2.1 Parteiexterne Faktoren .....	23
4.2.2 Parteiinterne Faktoren .....	27
4.3 Niedergang zusammengefasst .....	34
5. Fazit .....	36
Literaturliste.....	38
Anhang mit Beilagen .....	40
Anhang A: Vertriebene in den westdeutschen Ländern der Bundesrepublik von 1949-1960 .....	40
Anhang B: Die Arbeitslosigkeit der Vertriebenen in den Ländern der Bundesrepublik von 1950-1960.....	402

## 1. Einleitung

Ein großes und oft unterschätztes Problem der unmittelbaren Nachkriegszeit ist die Aufnahme von vielen Millionen Vertriebenen aus ehemaligen Reichsgebieten in das neue, von den Alliierten besetzte Deutschland. Exakte Daten über die Anzahl von Vertriebenen in Deutschland sind nicht vorhanden, aber grob gesch tzt liegt die Anzahl zwischen 10 und 14 Millionen Heimatvertriebenen. In den drei Westzonen gab es 1949 insgesamt mehr als 7,6 Millionen Vertriebene, die vor allem in strukturschwachen ländlichen Gebieten wohnten, in denen sie sicherlich anfangs ein elendiges Fortbestehen hatten.<sup>1</sup>

Bereits schnell entstand der Wunsch unter Vertriebenen, sich als Vertriebenenengruppe zu organisieren und die Probleme als Gruppe zu äußern. In Landmannschaften und anderen kulturellen Verbänden kamen die Vertriebenen zusammen, ihr Wunsch jedoch, eine politische Partei für Heimatvertriebene zu gründen, war auf Grund eines Koalitionsverbotes für Heimatvertriebene nicht möglich. Bei der Konstatierung, dass andere politische Parteien die Wünsche der Vertriebenen nicht aufnahmen und dass die Probleme der Vertriebenen nicht ernstgenommen wurden, wuchs der Wille unter den Vertriebenen, eine eigene politische Partei zu gründen. In den Jahren 1949-1950 entschärfte sich das Koalitionsverbot und wurde es letzten Endes aufgehoben. Am 8. Januar 1950 wurde der Block von Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) gegründet.

Die Geschichte des BHE ist in drei Phasen einzugliedern: Bis zum ersten Bundesparteitag im September 1952 kann man von einer Gründungs- und Etablierungsphase sprechen. Als zweite Phase ist die Zeit bis 1957 zu betrachten, in der der BHE selbst im Bundestag pr sent war. Als letzte Phase ist der Niedergang bis zur Fusion mit der DP zur Gesamtdeutschen Partei 1961 zu nennen.<sup>2</sup> Diese Gliederung ist sicherlich nicht unumstritten, teilweise durch die föderalistische Parteiform mit unterschiedlichen Erfolgen des BHE in den einzelnen Bundesländern. Daneben wird in der Literatur von einer parteiinternen Krise beim Austritt vom Parteigr nder Waldemar Kraft und Parteivorsitzenden Theodor Oberländer aus dem BHE im Jahre 1955 gesprochen. Diese „K.O.-Krise“ (Kraft-Oberländer-Krise) sollte auch zum Niedergang der Partei auf anderen Ebenen als Bundesebene beigetragen haben.<sup>3</sup>

Lange Zeit galt die Äußerung von deutschem Leid nach dem Zweiten Weltkrieg als Tabu. Die Deutschen hatten den Krieg verursacht und vor allem die Verbrechen des Holocaust machten deutlich: Die Deutschen waren Täter und keine Opfer. Jahrzehntlang blieb die

---

<sup>1</sup> Stöss, Richard: *Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band 3: EAP bis KSP*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1986.

<sup>2</sup> Gliederung in Phasen nach Hausmann in Gnad, Oliver: *FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990*. Düsseldorf: Droste Verlag GmbH 2005, S.235-266.

<sup>3</sup> vgl. Gnad 2005.

Vertreibung der Deutschen aus dem Osten unbesprochen und erst nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und der „ethnischen Säuberung“ der Balkankriege wurden die Erinnerungen an die Erfahrungen der Vertriebenen zum Thema öffentlicher Debatten. Diese Debatten waren in Deutschland sehr ausgelassen und die Frage um das Gedenken des deutschen Leides ist auf Grund der deutschen Schuld an dem Zweiten Weltkrieg immer noch umstritten. Wenn aber gesagt wird, dass vor der Wiedervereinigung nicht über das Schicksal der Vertriebenen gesprochen werden durfte, wird vergessen, dass es den BHE, eine politische Partei für Vertriebene, gegeben hat und sicherlich, dass er vier Jahre lang im Bundestag pr sent war. Insofern war das Tabu in den 50er Jahren offensichtlich weniger bedeutend als jetzt scheint. Daneben sieht man bei Internetquellen viele kontroverse Sichtweisen auf den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, was kaum deutlicher belegt werden kann als beim Vergleich dieser zwei Titel: Einerseits *Der "Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) als parlamentarischer Arm des Revanchismus*<sup>4</sup> und andererseits *Sich selbst überflüssig gemacht – Der BHE – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten*.<sup>5</sup> Aus diesen zwei Titeln und ebenfalls aus wissenschaftlichen Analysen der Partei wird deutlich, dass die Partei von zwei wichtigen Schwerpunkten geprägt wird: weltanschaulicher Revanchismus und sozialökonomische Problemlösung. Welcher der beiden Schwerpunkten tatsächlich überwiegend zutraf und was für eine Partei der BHE war, lässt sich auf Basis der Literatur nicht eindeutig feststellen.

Zum BHE als Gesamtpartei ist lediglich ein großes historisches Werk vorhanden, das 1968 bereits von Franz Neumann veröffentlicht worden ist. Als einziger war es ihm möglich, eine Studie zum gesamten BHE durchzuführen, bei der das Parteiarchiv verfügbar war.<sup>6</sup> Neuere Literatur greift vor allem auf Neumann zurück oder beschränkt sich auf regionale Studien, aus denen kein Gesamtbild zu erschließen ist.<sup>7</sup>

Da keine Forschung zur Identität des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten durchgeführt worden ist und da diese Identität in unterschiedlichen Kreisen unterschiedlich aufgefasst wird, beschafft sich diese Arbeit mit der Frage, inwiefern die Entwicklung der Partei – vor allem der Niedergang – mit der Hervorhebung der sozialökonomischen oder weltanschaulichen Schwerpunkte der Partei zusammenhing.

---

<sup>4</sup> vgl. Der "Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) als parlamentarischer Arm des Revanchismus. 1998, <http://www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Themen/Revanchismus/nwh/bhe.html> (15.12.2014).

<sup>5</sup> vgl. Sich selbst überflüssig gemacht. Bayern & seine Geschichten . Der BHE – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. 2014, <http://www.ovb-online.de/bayern/sich-selbst-ueberfluessig-gemacht-3853300.html> (15.12.2014).

<sup>6</sup> Neumann, Franz: *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei*. Meisenheim am Glan: Verlag Anton Hain 1968.

<sup>7</sup> vgl. zum Beispiel Stöss 1986.

Darüber hinaus ist keine Forschung vorhanden, in der auf die Frage eingegangen wird, warum der BHE so schnell wieder von der politischen Bühne verschwand, während ein rascher Aufstieg und ein rascher Niedergang deutlich zu beobachten sind. Auf diese Frage wird in dieser Arbeit ebenfalls eingegangen.

Ziel dieser Arbeit ist es, Antwort auf die Frage zu geben, inwiefern ein Zusammenhang zwischen dem Aufstieg und Niedergang des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten mit der Hervorhebung sozialökonomischer und weltanschaulicher Schwerpunkte zu erkennen ist.

Um diese Hauptfrage beantworten zu können, wird in vier Schritten vorgegangen. Zuerst betrachte ich den gesellschaftlichen und politischen Kontext für die Heimatvertriebenen im Nachkriegsdeutschland bevor der BHE gegründet wurde. Daran schließt sich die Frage an, warum der BHE gegründet wurde und wie sich die Partei entwickelte. Als letztes wird dann das ziemlich schnelle Verschwinden des BHE nach dem raschen Aufstieg untersucht, um die Beantwortung der Hauptfrage abzurunden.

Zur Beantwortung der ersten Frage wird die Literatur von Neumann<sup>8</sup>, von dem deutschen Historiker Oliver Gnad<sup>9</sup> und von dem amerikanischen Historiker Bertram Gresh Lattimore<sup>10</sup> analysiert, sodass sich ein eindeutiges Bild über die gesellschaftliche und politische Lage der Heimatvertriebenen im Nachkriegsdeutschland vor der Gründung des BHE ergibt.

Für die Beantwortung der zweiten Frage wird die Literatur von Neumann analysiert um eine Übersicht des politischen Systems, der Sichtweise anderer Parteien auf Heimatvertriebene und der einzelnen Schritte der Entwicklung des BHE darstellen zu können.

Um die Frage des Niedergangs des BHE beantworten zu können, wird nicht nur Literatur über den BHE analysiert, sondern werden auch primäre Quellen, wie Parteiprogramme einiger politischen Parteien, Wahlstatistiken des BHE für den Bundestag und die Landtage und die gesellschaftliche Lage der Vertriebenen und der parteiinterne Streit innerhalb des BHE analysiert.

Aus der Beantwortung der Teilfragen werden sich Informationen über die Entwicklung der Partei, über den politischen Kontext, über die Hervorhebung der Schwerpunkte durch die Partei und über den Einfluss der politischen Zielsetzung auf die Parteientwicklung ergeben, anhand welcher die Hauptfrage dieser Arbeit zu beantworten ist.

---

<sup>8</sup> Neumann 1968.

<sup>9</sup> Gnad 2005.

<sup>10</sup> Lattimore, Bertram Gresh: *The assimilation of German expellees into the West German polity and society since 1945. A case study of Eutin, Schleswig-Holstein.* Den Haag: Martinus Nijhoff 1974.

Als letztes sei bemerkt, dass in dieser Arbeit der Begriff ‚Vertriebene‘ als Synonym für den Begriff ‚Heimatvertriebene‘ gebraucht wird. Es wären auch neutralere Begriffe, wie ‚Flüchtlinge‘ oder spezifischere Bezeichnungen bei ‚Spätheimkehrern‘ und ‚Nachzüglern‘ zu verwenden, aber ich bin mir beim Gebrauch des Begriffes ‚Vertriebene‘ dessen emotionaler Ladung bewusst und habe mich trotzdem dazu entschieden, wie auch in der benutzten Literatur, diesen Begriff zu verwenden.

Zum Namen der Partei lässt sich sagen, dass ich dafür gewählt habe, den Namen ‚Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten‘ (BHE) zu verwenden, auch nach der Namensänderung in ‚Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten‘ (GB/BHE). Ich habe hierfür gewählt, weil der Name ‚BHE‘ in der Partei, bei der Opposition, unter der Bevölkerung und in der Literatur, der Name war, der trotz der Namensänderung am häufigsten verwendet wurde.

## **2. Gesellschaftlicher und politischer Kontext in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg**

### **2.1 Deutschland am Ende des Zweiten Weltkriegs**

Im Jahre 1945 war der Zweite Weltkrieg zu Ende. Deutschland hatte den Krieg verloren und, im Gegensatz zum Ende des Ersten Weltkriegs, sollte es dieses Mal zu einer totalen Kapitulation von Deutschland kommen. Die Alliierten ließen keinen Raum für eine Dolchstoßlegende wie nach dem Ersten Weltkrieg, weil diese zur politischen Instabilität der Weimarer Republik beigetragen hatte und damit indirekt zum Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland. Alle Deutschen hatten den Krieg verloren und das wurde in der Gesellschaft auch so erlebt.

Die unmittelbare Nachkriegszeit in Deutschland wird oft ‚Stunde Null‘ genannt: Deutschland war materiell, wirtschaftlich, politisch und moralisch besiegt. Materiell war Deutschland unter anderem durch die vielen Bombardierungen zerstört. Fast alle großen deutschen Städte waren von den Alliierten dem Erdboden gleichgemacht. Wirtschaftlich war Deutschland ebenfalls zerstört, da die deutschen Betriebe vor allem für den Krieg eingesetzt wurden, der jetzt vorbei war. Daneben hatte der Nationalsozialismus, die einzige Partei, seine Existenzberechtigung durch den Krieg verloren, wodurch Deutschland politisch pleite war. Das problematischste für einen Wiederaufbau schien aber die moralische Haltung des deutschen Volkes zu sein. Sie hatten nicht nur den Krieg verloren, sondern auch oft ihre Söhne, Väter, Nachbarn und daneben hatte die ideologische Sichtweise, der sie treu geblieben waren, versagt. Durch die Bombardierungen waren die Deutschen demoralisiert und auch die Rote Armee hatte ihre Spuren mittels massenhafter Vergewaltigungen, Plünderungen und Vertreibungen hinterlassen.

### **2.2 Politischer Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg**

Die Alliierten waren sich ziemlich schnell einig, dass Deutschland wiederaufgebaut und nicht seinem Schicksal überlassen werden sollte. 1944 gab es zwar den amerikanischen Morgenthau-Plan, der dafür plädierte, Deutschland zu einem Agrarstaat ohne Industrie umzuwandeln, wodurch Deutschland nie mehr einen Krieg anfangen könnte, aber dieser Plan wurde nicht durchgeführt. Die Vorstellungen von dem, was mit Deutschland passieren musste, stimmten unter den Alliierten nicht alle überein, jedoch im Sommer von 1945 einigten sich die USA, Großbritannien und die Sowjetunion in Potsdam zu einer politischen Neuordnung in Deutschland.

Gemäß den Verhandlungen einer früheren Konferenz in Jalta wurde im Juni 1945 ein Alliiertes Kontrollrat eingestellt, der die Verwaltung im Nachkriegsdeutschland übernahm. Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 kamen die drei Hauptalliierten in Potsdam zusammen,

um zu einer Lösung des künftigen Deutschlands zu kommen. Aus dieser Konferenz folgte unter anderem, dass Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt wurde, die Deutschland zusammen als wirtschaftliche Einheit führen sollten, was in der Praxis jedoch nicht stattfand.

Neben dem Verlust der Souveränität waren weitere Folgen für Deutschland, dass Deutschland keine Armee mehr haben durfte, dass alle ehemaligen Nazis aus ihren Ämtern entlassen wurden und dass die deutschen Minderheiten in Gebieten außerhalb der Grenze Deutschlands, ‚unter humanen Umständen repatriiert‘ werden durften. In der Praxis kam es jedoch zu einer gewaltsamen ethnischen Säuberung, die weder human war, noch repatriierte. Von einer Repatriierung war nicht die Rede, da die Vertriebenen weder die verlorenen Gebiete, noch die neuen Siedlungsgebiete ihre Heimat nannten. Zusätzlich musste Deutschland die im Krieg annektierten Gebiete zurückgeben, die Oder-Neiße-Linie wurde als Ostgrenze Deutschlands eingestellt und das Saarland, ehemals deutsches Gebiet in der französischen Besatzungszone, wurde unter die Aufsicht des Alliierten Kontrollrates gestellt.

Bereits schnell kam es im Rahmen des Kalten Krieges zu Spannungen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten, indem diese beiden Lager andere Vorstellungen vom künftigen Deutschland hatten. Eine der in Potsdam aufgestellten Forderungen an Deutschland war eine Demokratisierung, welche von den beiden Lagern anders ausgelegt wurde. In der Sowjetunion wurde der Begriff Demokratisierung vor allem als Schlagwort verwendet, um die staatliche Gleichschaltung und die Installation der Volksdemokratie positiv darzustellen, während in den westlichen Besatzungszonen schon die Überzeugung herrschte, dass das neue Deutschland ein nach westlichen Begriffen demokratischer Staat werden sollte.

Die USA wollten ein antikommunistisches, wirtschaftlich starkes, geeintes Europa und unterstützten die nichtkommunistischen Länder mit, unter anderem, dem Marshallplan (offizieller Name: European Recovery Program). Die Unterschiede zwischen dem Wiederaufbau der westlichen Besatzungszonen und der östlichen Zone wuchsen und nach westlichen Währungsreformen stieg die Sowjetunion aus dem Alliierten Kontrollrat aus und blockierte Berlin vom 24. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949, was die Teilung Deutschlands in zwei Ländern unvermeidbar machte.

Am 23. Mai 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland (BRD) nach westlichem Vorbild gegründet. Ein wichtiges Kriterium, das die westlichen Alliierten der BRD auflegten, war, dass die BRD, dem amerikanischen politischen System ähnlich, stark föderalistisch sein sollte. Nicht alles wurde also auf nationaler Ebene geregelt, sondern die einzelnen

Bundesländer bekamen ziemlich viel Autonomie und konnten zum Beispiel über den Bundesrat Einfluss auf den Bundestag ausüben. Ein anderes Kriterium, das für die BRD galt, ist, dass eine 5%-Wahlh rde für den Bundestag und die Landtage eingestellt wurde. Zur Wahrung der Demokratie wurde auch das Bundesverfassungsgericht gegründet, das die mögliche Verfassungswidrigkeit neuer Gesetze überprüft. Bei den ersten Bundestagswahlen im August 1949 wurde die CDU als größte Partei und Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik gewählt.

### **2.3 Gesellschaftliche Lage der Vertriebenen in den westlichen Besatzungszonen vor der Gründung der BRD**

Bereits während des Vormarsches der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg wurde die in den von der sowjetischen Armee besetzten Gebieten anwesende deutsche Bevölkerung mit Angst vor dem Tod vertrieben. Wie bereits erwähnt, fanden nach 1945 noch viele Vertreibungen Deutscher aus den ehemaligen deutschen oder den von Deutschland besetzten Gebieten statt.

Insgesamt wird die Anzahl der vertriebenen Deutschen infolge des verlorenen Zweiten Weltkrieges zwischen 10 und 14 Millionen gesch tzt, wovon ungefähr 8 Millionen im Jahre 1950 in der Bundesrepublik verweilten. Die Vertriebenen bildeten eine heterogene Gruppe, in der viele Leute auf unterschiedliche Weise in die Bundesrepublik gekommen waren. Ungefähr drei Millionen waren vor 1945 vor der sowjetischen Armee geflohen, rund drei Millionen wurden 1946 durch organisierte Aussiedlertransporte in die westlichen Besatzungszonen gebracht und bis 1950 entflohen noch rund zwei Millionen Nachzügler der sowjetischen Besatzungszone.<sup>11</sup>

Die Aufnahmegebiete für diese Vertriebenen waren in den drei Besatzungszonen nur beschränkt, da ein großer Teil Deutschlands im Krieg zerstört worden war. Daneben wollte Frankreich in ihrer Besatzungszone keine Vertriebenen aufnehmen, weil Frankreich nicht an der Potsdamer Konferenz teilnehmen durfte und sich deshalb nicht für die Folgen der Konferenz verantwortlich fühlte.

Die Länder, die schon in der Lage waren, viele Vertriebene aufzunehmen, waren vor allem agrarisch geprägt. Die vier gröſsten ‚Fl chtlingsl nder‘ waren Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern und Hessen. Die Bevölkerungszahlen in diesen Ländern nahm im

---

<sup>11</sup> Zahlen nach: Neumann 1968, S.1.

Vergleich zur Vorkriegszeit trotz vieler Kriegsofper stark zu – in der Hälfte der schleswig-holsteinischen Landkreise sogar mit über 90%.<sup>12</sup>

Mit dieser Bevölkerungszunahme in Verbindung mit den Kriegsschäden kam es an vielen Stellen zu Problemen mit der Unterbringung der Vertriebenen, da die Anzahl an normalen Wohnungen bei weitem nicht ausreichte. Viele Vertriebene wohnten deshalb in Baracken, S len, Fabriken, Schulen, Viehställe und so weiter.<sup>13</sup>

Neben den Problemen der Unterbringung bildete Arbeitslosigkeit ein großes Problem für die Vertriebenen. Die Arbeitslosigkeitsquote unter den Vertriebenen blieb lange Zeit höher als die unter der einheimischen Bevölkerung. Es dauerte, laut des deutschen Historikers Franz Neumann, der ein Standardwerk zum Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten schrieb, bis 1960, bis die Vertriebenen soweit in den Arbeitsmarkt eingegliedert waren, dass sie nicht mehr gegenüber der übrigen Bevölkerung benachteiligt waren.<sup>14</sup> Eine Studie vom deutschen Soziologen Paul Lüttinger zeigt jedoch, dass Vertriebene und Flüchtlinge in der BRD im Jahre 1971 immer noch ungleichen Chancen gegenüber der einheimischen Bevölkerung ausgesetzt waren.<sup>15</sup> In der Studie von Lüttinger wird auch darauf hingewiesen, dass die älteren Vertriebenen nicht völlig integriert waren, während die Generation danach sich in vollem Umfang integrieren konnte.

Zur Lösung der Probleme der Unterbringung und Arbeitslosigkeit planten die Ministerpräsidenten der Bundesländer im Jahre 1947 eine Umsiedlung der Vertriebenen in Gebiete, in denen bereits mehr Wohnraum und Arbeitsmöglichkeiten vorhanden waren. Zu gr oeren Umsiedlungsaktionen kam es jedoch erst nach der Gründung der BRD.<sup>16</sup>

Alles in allem lässt sich sagen, dass Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges in einer Stunde-Null-Situation war, in der es große materielle, wirtschaftliche, politische und moralische Probleme gab. Deutschland wurde von den Alliierten an die Hand genommen und es kam durch Spannungen zwischen Ost und West zur Teilung Deutschlands und zur Gründung der BRD und der DDR. In der Bundesrepublik bildeten die Heimatvertriebenen eine besondere Gruppe, die große Probleme mit der Unterbringung mit sich brachte und

---

<sup>12</sup>Zunahme der Bevölkerung in den Ländern 1939-1946: Schleswig-Holstein: +62%, Niedersachsen +37%, Bayern +24%, Hessen +14%. Im Vergleich: Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg durchschnittlich -30%. Nach: Neumann 1968, S.2.

<sup>13</sup> Im ganzen Bundesgebiet wohnten 1950 917.000 Vertriebene außerhalb von Normalwohnungen. Selbst 1956 waren erst 10 Prozent der Vertriebenen Eigentümer einer Normalwohnung. Vgl. Abbildung 2 in Neumann 1968, S.4.

<sup>14</sup> Nach: Neumann 1968, S.7.

<sup>15</sup> Lüttinger ‚Paul: „Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971.“ in: *Zeitschrift für Soziologie* 15 (1986), 1, S.20-36.

<sup>16</sup> Nach: Neumann 1968 S.4.

noch eine lange Zeit auf dem Arbeitsmarkt schlechter abschnitt als die einheimische Bevölkerung.

Unter anderem um die obengenannten Probleme der Vertriebenen zu bekämpfen, wurde 1950 der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten gegründet, auf den im nächsten Kapitel weiter eingegangen wird.

### **3. Gründung und Entwicklung des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten**

#### **3.1 Politische Lage in der Bundesrepublik vor der Gründung des BHE**

Bevor auf die Vertriebenen und den BHE eingegangen wird, soll zum Verständnis der politischen Umstände in der Gründungsphase des BHE zuerst eine Übersicht der politischen Lage der BRD der Jahre 1949-1953 skizziert werden. Die BRD wurde 1949 als neuer Staat gegründet und Konrad Adenauer (CDU) wurde der erste Bundeskanzler.

Im vorigen Kapitel wurde bereits erwähnt, dass die BRD nach westlichem Vorbild gegründet wurde. Einige Kriterien, die der BRD von den Alliierten auferlegt wurden, waren ein föderalistisches politisches System, die 5%-Wahlh rde bei den Bundes- und Landtagswahlen und die Gründung des Bundesverfassungsgerichts. Das föderalistische System hatte zur Folge, dass die einzelnen Bundesländer auf manchen Gebieten (z.B. Schulsystem) relativ viel Autonomie inne hatten und dass die Landtage über den Bundesrat Einfluss auf den Bundestag ausüben können. Die 5%-Wahlh rde beinhaltet, dass eine politische Partei mindestens 5% der Stimmen erhalten haben muss, will sie in den Bundes- oder Landtag gewählt werden. Diese Wahlh rde hat zur Folge, dass es – zum Beispiel im Vergleich zu den Niederlanden – relativ wenige politische Parteien gibt, was den Entscheidungsprozess vereinfacht. Für kleinere Parteien ist es dadurch jedoch schwieriger, als neue Partei in den Bundestag gewählt zu werden. Das Bundesverfassungsgericht überprüft die mögliche Verfassungswidrigkeit neuer Gesetze. Dieses Organ wurde gegründet, um unter anderem die Verfassung vor der demokratisch legitimierten Aufhebung der Verfassung zu sch tzen.

In dem ersten Bundestag, der von September 1949 bis September 1953 tagte, war die CDU die gröſste Partei mit 31,0% der Stimmen, gefolgt von der SPD mit 29,2% der Stimmen. Die drittgr  ste Partei war die FDP mit 11,9% der Stimmen. Weiterhin gab es noch die KPD, DP und einige andere kleine Parteien.<sup>17</sup> Jahrzehntlang führten die CDU und die SPD bei jedem Wahlkampf einen unerbittlichen Konkurrenzkampf um die gröſste Partei zu werden. Erst 1966 arbeiteten CDU und SPD in einer Koalitionsregierung zusammen. 1949 gingen CDU, FDP und DP zusammen eine Koalition ein, die sich vor allem mit den Folgen des Krieges, dem Wiederaufbau Deutschlands und der Eingliederung der BRD in Westeuropa beschäftigte. Zusätzlich beschäftigte sich der Bundestag in dieser Periode mit dem Lastenausgleich der Kriegsfolgen auf alle deutschen Bürger. Laut einiger Vertriebener passierte in der Politik

---

<sup>17</sup> Wahlergebnisse nach: Zicht, Wilko: Bundestag. Ergebnisse der Bundestagswahlen. 2013, <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bundestag.htm> (16.12.2014).

jedoch zu wenig, um ihre Lage zu verbessern. Im nächsten Abschnitt wird auf die Lage der Vertriebenen in der BRD vor der Gründung des BHE eingegangen.

### **3.2 Was wird vor der Gründung des BHE für die Verbesserung der Lage der Vertriebenen gemacht?**

Bevor der BHE gegründet wurde, waren die Vertriebenen bereits einige Jahre in der Bundesrepublik bzw. in den westlichen Besatzungszonen und es wurden schon einige Organisationen für Vertriebene gegründet. Ein Beispiel waren die Landsmannschaften, die kulturelle Organisationen waren, die laut Satzung überkonfessionell und überparteilich waren. Zu einer einheitlichen politischen Partei kam es jedoch nicht, unter anderem, weil es auf Grund eines alliierten Koalitionsverbotes für Vertriebene nicht erlaubt war.

Bei der Gründung der unterschiedlichen Organisationen war es problematisch, dass die Vertriebenen eine heterogene Gruppe bildeten, in der sehr viele unterschiedliche Erinnerungen und Erfahrungen Einfluss nahmen. Ungefähr bis 1948, als die Spannungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen noch nicht so hochgradig waren, waren viele Vertriebene davon überzeugt, dass die Maßnahmen, die in den letzten Jahren getroffen wurden, rückgängig gemacht werden konnten. Dieser Gedanke wurde ebenfalls von den Führern der Landsmannschaften geäußert. Viele Vertriebene befanden sich noch längere Zeit in einem emotionalen Zwiespalt: Einerseits wollten sie sich in ihren neuen Wohngebieten wirtschaftlich und sozial emporarbeiten, andererseits blieb das Vergangene eine wichtige Rolle spielen, was manchmal zu R ckkehrgedanken führte.

Die Vertriebenen hatten zwar Gemeinsamkeiten, indem sie alle eine Vertreibungsgeschichte hatten, aber es gab auch viele Unterschiede. Zuerst waren die Vertreibungen bei manchen Gruppen gewaltsamer als bei anderen Gruppen. Daneben war die ersehnte Heimat bei den unterschiedlichen Vertriebenengruppen nicht die gleiche und war der Erfolg der Eingliederung oft von den Umständen im neuen Wohnraum abhängig. Diese Unterschiede sind bei der Gründung von heimatorientierten Organisationen zu erkennen, wobei sowohl Organisationen nach Heimatsland (z.B. Landsmannschaft Ostpreußen) oder nach Siedlungsland (z.B. Neub rgerbund Bayern) gegründet wurden, als auch Organisationen auf Bundesebene (wie der BHE).

In den Jahren 1946-1948 war die politische Organisation von Vertriebenen und von anderen potentiellen Gefahren (z.B. Berufssoldaten<sup>18</sup>) für die Demokratie nicht erlaubt, indem die westlichen Alliierten ein Koalitionsverbot erlassen hatten. Durch dieses Verbot waren lediglich noch kulturelle Vertriebenenvereinigungen erlaubt. Der Hauptgrund für die Alliierten,

---

<sup>18</sup> Manig, Bert-Oliver: *Die Politik der Ehre, Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004, S.587.

dieses Verbot zu erlassen, sei der infolge des sozialen Elends drohenden Radikalisierung der Heimatvertriebenen. Die Tatsache, dass die Vertriebenen als Volksdeutsche gekennzeichnet wurden spielte ebenfalls eine Rolle, da Volksdeutsche, laut der Alliierten, nicht zu vertrauen waren. Viele Volksdeutsche hatten während des Krieges fanatisch mit der SS gegen ihre eigenen Nachbarn gekämpft, waren vom Prinzip her gegen den Westen und erfuhren den Herrenstatus in dem sie im Osten gelebt hatten als selbstverständlich und natürlich an.<sup>19</sup> Die Gefahr sei, dass diese Volksdeutschen dem neuen Wohngebiet nicht loyal wären, weil sie lieber zu ihren alten Wohngebieten zurückgingen. Wichtig für die Stabilität des neuen Deutschlands sei es also, diese Vertriebenen zu ‚normalen deutschen Bürgern‘, jedenfalls ohne Aufrechterhaltung ihrer Wünsche, in die Heimat zurückzukehren, assimilieren zu lassen. Ab 1948 wurde dieses Verbot trotzdem entschärft. Diese Entschärfung hatte damit zu tun, dass die Spannungen zwischen dem Osten und dem Westen im Rahmen des Kalten Krieges zunahmen und die antikommunistische Einstellung der Vertriebenen im heißer werdenden Kalten Krieg als wichtiger als die Assimilierung gesehen wurde.

Die politische Orientierung von den Vertriebenen bei der ersten Bundestagswahl 1949 ist nicht deutlich einzuordnen. Die kulturellen Organisationen, in denen die Vertriebenen zusammenkamen, profilierten sich als politisch überparteilich und es gab keine spezielle Vertriebenenpartei bei den ersten Bundestagswahlen. Die politischen Parteien (vor allem die SPD) versuchten zwar, Vertriebene für sich zu gewinnen und es wurden ziemlich viele Vertriebene in den Bundestag gewählt, aber wie groß der Einfluss dieser Vertriebenen auf die Bundespolitik war, ist unbekannt.<sup>20</sup>

Der Einfluss der Vertriebenen in der Bundespolitik ist jedenfalls nicht groß genug gewesen, um den Aufstieg einer neuen politischen Partei zu verhindern. Viele Vertriebene wählten bei den zweiten Bundestagswahlen eine neue Partei, die sich politisch für die Interessen der Vertriebenen einsetzen wollte: den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE).

### **3.3 Die ersten Jahre des BHE – Aufstieg und Konsolidierung**

Im Januar 1950 wurde der BHE in Schleswig-Holstein von Waldemar Kraft gegründet. Die Partei erlebte einen raschen Aufstieg mit großen Wahlerfolgen in manchen Bundesländern. 1953 wurde der BHE mit 27 Abgeordneten in den Bundestag gewählt. Der BHE trat 1953 sogar in eine Koalition mit der CDU, der FDP und der DP ein, aber 1957 wurde der BHE nicht wieder in den Bundestag gewählt, woraufhin die Partei aus der Bundespolitik verschwand.

---

<sup>19</sup> R.M. Douglas: *Ordnungsgem e Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg*. München: C.H. Beck 2012.

<sup>20</sup> Im 1. Bundestag waren 61 Abgeordnete vertreten, die Vertriebene waren. (CDU/CSU 11, SPD 26, FDP 12, DP 1, Zentrum 1, Sonstige 10). Insgesamt umfasste der Bundestag 1949 402 Abgeordnete. Mitteilung aus dem Archiv des Bundestages an den Verfasser, nach: Neumann 1968, S.18.

Aus dem Wunsch der Vertriebenen, sich auch politisch zu organisieren, entstanden einige unterschiedliche Bewegungen. In manchen Bundesländern gab es bereits politische Parteien, die sich für Vertriebene einsetzen wollten, aber als Waldemar Kraft – 1898 in Posen (1939 von Deutschland annektiert worden) geboren und für Landwirtschaft in Posen und während des Krieges als Geschäftsführer der ‚Reichsgesellschaft für Landwirtschaft‘ für die Landwirtschaft der Ostgebiete zuständig – im Januar 1950 in Schleswig-Holstein den BHE gründete, schlossen die anderen politischen Organisationen sich ziemlich schnell dem BHE an.

Der BHE erregte in Schleswig-Holstein nationales Aufsehen, weil die Partei bei den Landtagswahlen 1950 23,4% der Stimmen bekam und damit die zweitgrößte Partei dieses Bundeslandes wurde. Der BHE einigte sich mit CDU, FDP und DP zu einer Koalition für die Landesregierung und lieferte zwei der sechs Minister: Waldemar Kraft wurde Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident, Hans-Adolf Asbach wurde Minister für Soziales, Arbeit und Flüchtlingsfragen. In den anderen ‚Flüchtlingsländern‘ wurde der BHE auch ziemlich populär. In Niedersachsen gründete Friedrich von Kessel, der später Parteivorsitzender wurde, den BHE und der BHE bekam bei den Landtagswahlen 1951 14,9% der Stimmen. In Bayern bekam der BHE 12,3% der Stimmen. In den übrigen Bundesländern wurde der BHE ebenfalls gegründet, jedoch mit weniger Erfolg. In Hessen und Baden-Württemberg kam der BHE dank eines Wahlbündnisses mit der Deutschen Gemeinschaft bzw. FDP in den Landtag und in Bremen bekam der BHE gerade 5,6% der Stimmen. In Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz schaffte der BHE es nicht, in den Landtag zu kommen.<sup>21</sup>

Die Unterschiede in den Wahlerfolgen sind darauf zurückzuführen, dass die demografische Lage der Vertriebenen in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich war. In Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern bildeten Vertriebene 1950 beziehungsweise 32,3%, 27,2% und 21,1% der Bevölkerung, während Vertriebene in Hessen und Baden-Württemberg weniger als 18% der Bevölkerung bildeten und in Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sogar nicht mehr als zehn Prozent.<sup>22</sup> Daneben herrschte in den ‚Flüchtlingsländern‘ eine größere Arbeitslosigkeit unter den Vertriebenen als in den anderen Bundesländern, was zur Wahl des BHE beigetragen haben kann.<sup>23</sup>

Nach dem Erfolg in manchen Bundesländern wurde im Januar 1951 der Bundesverband des BHE gegründet. Ein Jahr später wurde auf dem ersten Bundesparteitag stolz die Bilanz gezogen, dass der BHE auf einem guten Weg war: Die Partei wurde in den meisten

---

<sup>21</sup> Wahlstatistiken nach: Neumann, S.503-506.

<sup>22</sup> Für Vertriebenenstatistiken, siehe Anhang A.

<sup>23</sup> Für Arbeitslosigkeitsstatistiken, siehe Anhang B.

Landtagen vertreten und Waldemar Kraft wurde einstimmig zum ersten Bundesparteivorsitzenden des BHE gewählt. Dennoch fingen bereits schnell nach diesem euphorischen Tag die ersten Auseinandersetzungen innerhalb der Partei an, zum Beispiel über die Frage, wie die Partei sich aufstellen müsste: als eine Sozialpartei, die die Probleme der Vertriebenen lösen müsste oder als eine Nationalpartei, die sich für die R cksiedlung in die Heimat oder Rückgewinnung der Ostgebiete einsetzen müsste. Im November 1952 änderte der BHE den Namen in ‚Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten‘. Mit dieser Umbenennung wollte die Partei neben den Vertriebenen mehrere Bevölkerungsschichten ansprechen. Auf die Frage, ob die Namensänderung mit der Änderung der Parteipolitik zusammenhing, wird in der nächsten Teilfrage eingegangen.<sup>24</sup>

Im Jahre 1953 waren die für den BHE sehr wichtigen Bundestagswahlen. In der Periode 1949-1953 hatte der Bundestag zwar schon einige Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Vertriebenen durchgeführt, aber der BHE hatte vor, noch gr o ere Erfolge zu leisten.<sup>25</sup> Die Partei wollte in die Koalition gehen und mindestens 40 Abgeordnete in den Bundestag schicken können. Trotz der Namensänderung und das Vorhaben, alle Deutschen zu vertreten, waren 90% der Politiker auf der Liste Vertriebene. Es kam zu einem Wahlergebnis von 5,9%, wodurch der BHE 27 Abgeordnete an den Bundestag lieferte.<sup>26</sup>

Da die CDU, die in der ersten Bundestagsperiode unter anderem mit dem Wirtschaftswunder und den ersten Westbindungsvertr gen erfolgreich gewesen war, bei der Bundestagswahl 1953 wieder zur gr o ten Partei gewählt worden war, führte diese Partei die Koalitionsverhandlungen. Da Kraft aber den Forderungen Adenauers zur westdeutschen Außenpolitik (zum Beispiel Stellungnahme zur deutschen Wiederbewaffnung oder zur Saarfrage) zustimmte, wurde von manchen Leuten aus dem BHE viel Kritik auf Kraft geäußert und so kam seine Position zur Diskussion zu stehen. Die Kritik bestand vor allem daraus, dass Kraft auf die Ostgebiete verzichtete, was manche Leute innerhalb des BHE als den wichtigsten politischen Programmpunkt sahen. Auf diese Diskussion wird in der nächsten Teilfrage weiter eingegangen.

Die parteiinternen Diskussionen wurden so verheerend, dass Waldemar Kraft sich auf dem Bundesparteitag 1954 dafür entschied, sich als Bundesparteivorsitzender nicht wiederwählbar zu stellen. Kraft schrieb dem Parteitagspr sidenten: „Meines Einsehens bedarf der Bundesvorsitzende unserer jungen Partei des vollkommenen Vertrauens [...] [...]“

---

<sup>24</sup> Für mehr über die Namensänderung, siehe Neumann 1968, S.384 ff.

<sup>25</sup> Bundesgesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der 131er, W hrungsausgleich für Sparguthaben der Vertriebenen, Feststellungsgesetz, Lastenausgleichsbankgesetz, Lastenausgleichsgesetz, Bundesvertriebenengesetz. Nach: Neumann 1968, S. 91.

<sup>26</sup> Wahlergebnisse nach Zicht 2013.

Diese Voraussetzung[en] halte ich nach dem Wahlergebnis nicht für gegeben und damit auch nicht diejenigen für eine erfolgsversprechende Amtsführung durch mich.“<sup>27</sup> Nach dem Rücktritt von Kraft, wurde Theodor Oberländer, der immer der gleichen politischen Meinung als Kraft war, zum neuen Bundesparteivorsitzenden gewählt. Oberländer verweigerte sich, einen anderen Kurs einzugehen und insofern folgte Oberländer der politischen Linie der CDU: ein kleines Europa, Politik der Stärke und Westintegration und keine Verhandlungen mit dem Osten.

Die Unzufriedenheit mancher Leute innerhalb der Partei blieb bestehen und Kraft und Oberländer, von einigen anderen gefolgt, traten am 11. Juli 1955 aus dem BHE aus (K.O.-Krise, nach Kraft und Oberländer genannt). Kraft und Oberländer äußerten, dass die Auffassungen, nach denen sie den BHE aufgebaut hatten, immer mehr angezweifelt wurden.<sup>28</sup> Auf den Inhalt des Konfliktes wird später in dieser Arbeit eingegangen.

### **3.4 BHE nach dem Austritt der K.O.-Gruppe – Niedergang**

Nach dem Austritt von dem Parteigründer und dem Parteivorsitzenden wurde Friedrich von Kessel zum Bundesparteivorsitzenden gewählt. Das wichtigste für den BHE war zu diesem Zeitpunkt, dass die Partei 1957 wieder in den Bundestag gewählt wurde und dass sie den Wählern die politische Legitimierung des BHE nach der ‚Selbstreinigung‘, wie der Austritt von Kraft und Oberländer von dem neuen Parteivorstand genannt wurde, deutlich machte. Trotz der Überzeugung bei dem Parteivorstand schaffte der BHE es nicht, erneut in den Bundestag gewählt zu werden (4,6 Prozent der Stimmen) und auch auf Landesebene ging es dem Partei weniger gut als in den Jahren zuvor. Während der BHE 1950 in Schleswig-Holstein noch 23,4% der Stimmen bekam, waren es 1958 nur noch 6,9% und in Niedersachsen gingen die Ergebnisse von 1951 auf 1959 von 14,9% auf 8,3% der Stimmen zurück. Zwar bekam der BHE in manchen Bundesländer noch einen Platz in der Regierung, dennoch war der Rückgang deutlich wahrnehmbar.<sup>29</sup>

Nach dem Misserfolg bei der Bundestagswahl 1957 trat Von Kessel zurück und Frank Seiboth wurde Parteivorsitzender. Unter ihm versuchte der BHE 1961 noch, in den Bundestag gewählt zu werden. Zuerst versuchte Seiboth den Bundestag davon zu überzeugen, die 5%-Klausel auf 3% zu verlegen, was jedoch scheiterte. Um zu verhindern, dass beide Parteien die Wahlhürde nicht überspringen würden, schlossen sich am 15. April

---

<sup>27</sup> Brief von Kraft an Parteitagpräsidenten Ahrens. In: Neumann 1968, S.415.

<sup>28</sup> Erklärung von Waldemar Kraft anlässlich seines Austritts aus dem GB/BHE. In: Neumann 1968, S.420.

<sup>29</sup> Wahlstatistiken nach: Neumann, S.503-506.

1961 der BHE und die Deutsche Partei sich zur Gesamtdeutschen Partei zusammen, was jedoch nicht zu einer Vertretung im Bundestag führte: Sie bekam nur 2,8% der Stimmen.<sup>30</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der BHE gegründet wurde, auf Grund der Tatsache, dass viele Vertriebenen sich als eine besondere Bevölkerungsgruppe sahen, deren Probleme nicht ausreichend vertreten wurden. Der Partei, die von Waldemar Kraft in Schleswig-Holstein gegründet wurde, ging es in ihren Anfangsjahren gut: Der BHE ging in verschiedenen Ländern Koalitionen ein und schaffte es sogar bis in den Bundestag. Nach parteiinternen Konflikten traten Kraft und Oberländer aus der Partei aus, womit der Niedergang des BHE eingeleitet wurde.

In der nächsten Teilfrage wird darauf eingegangen, wie dieser Niedergang zu erklären ist. Zuerst wird betrachtet, was der BHE für eine Partei war und danach werden unterschiedliche Faktoren, die zum Niedergang des BHE geführt haben können, einzeln untersucht. Insbesondere wird im nächsten Kapitel der Einfluss des parteiinternen Konfliktes auf den Niedergang des BHE untersucht.

---

<sup>30</sup> Wahlstatistiken nach: Der Bundeswahlleiter. Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961. [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1961.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1961.html) (16.12.2014)

## **4. Wie ist der schnelle Niedergang des BHE nach dem raschen Aufstieg zu erklären?**

Im zweiten Kapitel ist deutlich geworden, dass die Heimatvertriebenen sich im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung in der BRD in einer besonderen Lage befanden. Die gr o ten Probleme sahen die Vertriebenen darin, dass sie oft h oherer Arbeitslosigkeit, mehr Problemen mit der Unterbringung und politischer Unterrepräsentierung ausgesetzt waren. Im dritten Kapitel wurde skizziert, dass zur Lösung dieser Probleme eine Vertriebenenpartei, der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, gegründet wurde. Die Partei erlebte einen raschen Aufstieg mit großen Wahlerfolgen. Sie kam 1953 in den Bundestag, war ein paar Jahre später jedoch bereits wieder von der politischen Bühne verschwunden. In diesem Kapitel wird untersucht, welche Faktoren zum Niedergang des BHE beigetragen haben. Bei der Betrachtung der Wahlergebnisse und der Literatur, fällt auf, dass es der Partei nach den parteiinternen Diskussionen, die zur K.O.-Krise geführt haben, immer schlechter ging. In diesem Kapitel wird aus diesem Grund von der These ausgegangen, dass der parteiinterne Streit zwischen dem sozialen und dem nationalen Charakter der Partei zur Schwächung und damit zum Niedergang der Partei geführt hat, aber dass andere Faktoren auch mitgespielt haben. Konkret beinhaltete dieser Streit, dass eine programmatische Wahl zwischen Verbesserung der Lage der Vertriebenen in der neuen Heimat und Rückkehr in die alte Heimat getroffen werden musste.

Zur Untersuchung des Niedergangs des BHE ist es notwendig, zuerst zu verdeutlichen, ab wann man von einem Niedergang sprechen kann. Wie im vorigen Kapitel bereits angedeutet wurde, ging es bis zur Bundestagswahl 1953 nur aufwärts mit der Partei. In einzelnen Bundesländern kam es zu Wahlerfolgen und auf Bundesebene kam es bei den Bundestagswahlen 1953 sogar zum Wahlergebnis von 5,9% der Stimmen. Beim Blick auf die Landtagswahlen in den verschiedenen Bundesländern ist wahrzunehmen, dass der BHE nach 1954 keinen einzigen Wahlgewinn mehr feststellen konnte. Bei der Beobachtung der Mitgliederzahlen f llt ebenfalls auf, dass es nach 1954 einen Rückgang gibt, worin einzig das Jahr 1956 eine Ausnahme dazu bildet.<sup>31</sup> Somit kann das Jahr 1954 als der Beginn der Niedergangsphase betrachtet werden, da von diesem Zeitpunkt an keine Gewinne mehr eingefahren wurden.

### **4.1 BHE als Interessenpartei**

Für die Beschreibung der Entwicklung des BHE ist es hilfreich, zuerst darzustellen, was der BHE als Partei charakterisierte. Die Partei wurde auf Grund der Tatsache gegründet, dass

---

<sup>31</sup> Die Mitgliederzahlen sind aus den Wortprotokollen der Bundesparteitage übernommen und insofern nicht offiziell, da sie auf Angaben der Landesverbänden und anderer Parteigremien basieren. Neumann weist in seinem Buch aus, dass diese Zahlen propagandistisch manipuliert worden sind und in Wirklichkeit niedriger waren. Gebrauchte Zahlen nach: Neumann, S.286-288.

die Parteigr nder der Meinung waren, dass die Vertriebenen in der Politik nicht ausreichend vertreten wurden. Es kam den Vertriebenen also von Anfang an eine besondere Rolle in der Politik des BHE zu, jedoch benannte die Partei sich im November 1952 um zu ‚Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten‘. Diese Tatsache führt zur Frage, ob die Partei damit auch andere Gruppen ansprach oder eine Interessenpartei ausschließlich für Vertriebene blieb. Sollte der BHE als Interessenpartei einzuordnen sein, könnte der Niedergang anhand typischer Probleme für Interessenparteien zu erklären sein.

Alle politischen Parteien vertreten Interessen und insofern ist jeder Partei als Interessenpartei zu kennzeichnen. Wenn aber eine Partei als Interessenpartei charakterisiert wird, ist damit gemeint, dass die politische Orientierung dieser Partei vor allem auf einem Interesse basiert, während ‚reguläre‘ Parteien viele Interessen vertreten. Die Interessenpartei kann wie folgt bestimmt werden: „Sie vertritt die Belange nur einer Schicht, einer Berufsgruppe, einer religiösen oder nationalen Minderheit, eines bestimmten Gebietes innerhalb des Staates“.<sup>32</sup>

Um die Frage zu beantworten, ob der BHE eine Interessenpartei war, muss nachgegangen werden, ob die Partei nur auf einem Interesse basiert und ob sie die Belange von ausschließlich einer Bevölkerungsschicht vertrat. Es sind einige Merkmale der Partei zu erwähnen, die darauf hinweisen, dass die Partei auf mehrere Bevölkerungsschichten orientiert war, wie etwa, dass im Namen auch Entrechtete angesprochen wurden, was große Teile der deutschen Bevölkerung betraf. Vieles weist jedoch darauf hin, dass der BHE als eine politische Partei hauptsächlich für Vertriebene einzuordnen ist.

Einige der Aspekte, die darauf hinweisen, dass der BHE eine Vertriebenenpartei war, werden hier aufgelistet: 1) Die Gründung der Partei 1950 fand in den am stärksten mit Vertriebenen belegten Bundesländern statt, sodass ihre soziale Notlage schnell verbessert werden konnte. 2) Der Name BHE weist stark daraufhin, dass es nicht um die Interessen der gesamten Bevölkerung geht. Auch nach der Namensänderung in ‚Gesamtdeutscher Block‘ ging es in den Parteiprogrammen um die Vertriebenen und innerhalb der Bevölkerung blieb ‚BHE‘ der gebrauchte Name. 3) In den Wahlergebnissen ist zu erkennen, dass die Partei fast nur von Vertriebenen gewählt wurde – insbesondere dort, wo der Integrationsprozess langsam verlief.<sup>33</sup> 4) Der BHE wollte an allen Regierungen teilnehmen. Bei den Koalitionsverhandlungen für Landtage und den Bundestag nahm der BHE die Rolle einer flexiblen Partei an, die mit der Partei zusammenarbeitete, die in ihren Interessen am

---

<sup>32</sup> Von der Heydte, Friedrich August, Sacherl, Karl: *Soziologie der deutschen Parteien*. München: Isar Verlag 1955.

<sup>33</sup> Neumann, S.379.

stärksten denen des BHE entsprach. Waldemar Kraft bestätigte diese flexible Haltung 1950 in Hamburg: „Wir haben unsere Bereitschaft zu jeder Koalition erklärt, die wirklich im Interesse des Volkes und vor allem unserer W hler [Vertriebenen] zu arbeiten bereit war.“<sup>34</sup>

Aus diesen Aspekten lässt sich schließen, dass der BHE als eine Interessenpartei für Vertriebene zu kennzeichnen ist. Man sieht deutlich in den Wahlergebnissen der Partei in den einzelnen Bundesländern, in der politischen Orientierung, im Namen und in der Koalitionsflexibilit t zurück, dass der BHE sich hauptsächlich auf Vertriebenenprobleme richtete.

## **4.2 Faktoren zum Niedergang politischer Parteien**

Zur Erklärung des schnellen Niedergangs des BHE sind einige Faktoren zu untersuchen, die oft zum Niedergang von Interessenparteien beitragen. Zuerst werden parteiexterne Faktoren, die zum Niedergang des BHE beigetragen haben, untersucht, danach parteiinterne Faktoren, wobei der Fokus auf dem parteiinternen Streit liegt.

### **4.2.1 Parteiexterne Faktoren**

Es sind hauptsächlich zwei wichtige externe Faktoren zu nennen, die zum Niedergang politischer Parteien beitragen. Zunächst kann genannt werden, dass die politischen Interessen, für die die Partei sich eingesetzt hat, an Bedeutsamkeit verlieren. Daneben kann es der Fall sein, dass andere politische Parteien die Interessen, mit denen die Partei sich anfänglich von anderen Parteien unterschied, (zum Teil)  bernehmen.

Im Hinblick auf den BHE wird zuerst untersucht werden, ob die politischen Interessen, für die der BHE sich eingesetzt hat, weniger relevant geworden sind und damit zum Niedergang der Partei beigetragen haben können. Die politischen Interessen des BHE in der Aufstiegsphase sind grob in drei Teilgebiete einzuordnen. Zuerst wird auf die Unterbringung der Heimatvertriebenen eingegangen, danach auf die Arbeitslosigkeit und zuletzt auf den Wunsch nach Vertretung der Vertriebenen.

Wie bereits im ersten Kapitel erwähnt, gab es nur eine beschränkte Anzahl an Aufnahmegebieten für die Heimatvertriebenen. Demzufolge kam es in manchen Bundesländern zu einem enormen Bevölkerungszuwachs, welcher Probleme bezüglich der Unterbringung der Vertriebenen verursachte. Viele Vertriebene wohnten als Notlösung in Baracken, Viehst llen usw. und nicht in Normalwohnungen. Diese Notlage wurde bei dem Wiederaufbau beachtet, wodurch eine deutliche Verbesserung eintrat: Während 1950 nur 25% der Vertriebenen Inhaber einer Normalwohnung waren und mehr als 10% außerhalb von Normalwohnungen wohnten, waren 1956 über 60% der Vertriebenen Inhaber einer

---

<sup>34</sup> Waldemar Kraft 1950 in ‚Für Recht und Menschenwürde‘, nach: Neumann 1968, S.36.

solchen Wohnung (nicht Eigentümer, sondern hauptsächlich Hauptmieter). Lediglich 5% der Vertriebenen wohnten noch außerhalb von Normalwohnungen.<sup>35</sup>

Bei der Anschauung der Arbeitslosigkeitszahlen ist ebenfalls eine Verbesserung der Lage der Vertriebenen wahrzunehmen. Zur Lösung der gr o ten Probleme bezüglich der Unterbringung und Arbeitslosigkeit wurden Umsiedlungen geplant, da der Wohnungsbau nach den staatlichen Wohnungsbauprogrammen die Wohnungsnot nicht schnell genug beseitigen konnte.<sup>36</sup> Bis 1958 wurden mehr als 900.000 Vertriebene umgesiedelt, vor allem aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Ungefähr die Hälfte der umgesiedelten Vertriebenen wurde in Nordrhein-Westfalen aufgenommen.<sup>37</sup> Diese Umsiedlungen senkten die Arbeitslosigkeitsquoten unter Vertriebenen stark: Während 1950 in Schleswig-Holstein über 16% der Vertriebenen arbeitslos waren, waren im selben Bundesland 1957 nur noch 3,5% der Vertriebenen arbeitslos.<sup>38</sup> Auf Bundesebene ist diese Senkung kleiner gewesen, zum Teil, weil die Lage für Vertriebene vor allem in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern schlecht war, wohingegen es den Vertriebenen in den anderen Bundesländern sozial konomisch zu diesem Zeitpunkt bereits vergleichsweise gut ging. Die deutlichste Veränderung der Lage der Vertriebenen ist im Vergleich der Arbeitslosigkeitsquoten der Vertriebenen mit denen anderer Teile der Bevölkerung zu sehen: 1950 bildeten Vertriebene 16,6% der westdeutschen Bevölkerung, während 34,3% der Arbeitslosen Vertriebene waren. Im Jahre 1957 dagegen bildeten Vertriebene 18,0% der Bevölkerung und waren nur noch 23,5% der Arbeitslosen Vertriebene.<sup>39</sup> Zwischen 1950 und 1957 hat sich die Lage der Vertriebenen im Vergleich zum Rest der Bevölkerung also, was Arbeitslosigkeit betrifft, stark verbessert. In den absoluten Zahlen sieht man darüber hinaus, dass eine allgemeine Senkung der Arbeitslosigkeit stattgefunden hat: Während 1950 noch fast 2 Millionen Westdeutsche arbeitslos waren, lag diese Zahl 1957 bei 750.000. Ebenso hat bei den Vertriebenen eine absolute Senkung stattgefunden. Im Jahre 1950 waren 635.000 Vertriebene arbeitslos, während diese Zahl bis 1957 auf 164.675 sank.<sup>40</sup>

Aus der Analyse der veränderten Wohnlage und der Abnahme der Arbeitslosigkeit ergibt sich, dass der allgemeine Lebensstandard der Vertriebenen sich in den Jahren 1950-1957 stark verbessert hat. Diese Verbesserung war nicht lediglich dem BHE zu verdanken, da eine allgemeine Verbesserung des Lebensstandards in der BRD unter den Regierungen

---

<sup>35</sup> Zahlen der Wohnungsverhältnisse nach Tatsachen zum Problem der deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgesch digte, Bonn 1961, Tafel 13. Aus: Neumann 1968, S.3.

<sup>36</sup> Neumann 1968, S.4.

<sup>37</sup> Die Vertriebenen in Deutschland. Nach: Neumann 1968, S.508.

<sup>38</sup> Kalkuliert nach den Vertriebenen- und Arbeitslosigkeitsstatistiken in Anhang A und B.

<sup>39</sup> Siehe Anhang A und B.

<sup>40</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Nürnberg, 2012.

Adenauers mit dem Wirtschaftswunder von Ludwig Erhardt (CDU) zusammenhing. Dieses Wirtschaftswunder betraf nicht nur Vertriebene, sondern den allgemeinen Wohlstand West-Deutschlands. Diese Verbesserung der allgemeinen Lage hatte zur Folge, dass die sozialökonomischen Interessen des BHE an Bedeutsamkeit verloren, was es der Partei erschwerte, sich von anderen Parteien zu unterscheiden. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, ob andere politische Parteien als der BHE ebenfalls die Interessen der Vertriebenen vertraten und insofern den Erfolg des BHE hemmten.

Wie bereits erwähnt, war es bei der Gründung des BHE wichtig, den Vertriebenen eine Stimme zu geben. Die anderen politischen Parteien seien laut der Parteigr nder keine Vertreter der Vertriebenen. Für die Analyse des Niedergangs des BHE ist es notwendig, nachzugehen, inwiefern andere politische Parteien sich diese Themen (zum Beispiel im Wahlprogramm) angeeignet haben. Es ist nämlich vorstellbar, dass die Legitimierung des BHE wegfiel, indem andere politische Parteien die Schwerpunkte des BHE übernommen hatten und der BHE sich deshalb nicht mehr von den anderen Parteien unterscheiden konnte.

Bei der Analyse der Wahlprogramme der CDU ist zu sehen, dass den Vertriebenen 1949 keine Aktionspunkte gewidmet waren. Im 32-seitigen Wahlprogramm der CDU für den Bundestag 1949 wurde nur auf der 29. Seite im Teil über die Zukunft der Landwirtschaftspolitik erwähnt, dass die Vertriebenen in der Bevölkerung verwurzelt werden mussten und dass daher einen Ausbau von Arbeits- und Wohnstätten zu fordern war.<sup>41</sup> Für die Bundestagswahlen 1953 hatte die CDU kein neues Wahlprogramm aufgestellt, sondern nur ein zusätzliches Programm. Auffallend ist, dass in diesem Programm direkt nach den staatspolitischen Grundforderungen, und noch vor der Wirtschafts-, Sozial- oder Außenpolitik, der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ein Kapitel gewidmet wurde, in dem betont wurde, was die CDU für Vertriebene geleistet hatte und dass die CDU eine entschiedene Vertriebenenpolitik verfolgte.<sup>42</sup> Für die Bundestagswahlen 1957 stellte die CDU ebenfalls kein neues Wahlprogramm auf und ging mit den Slogans „Keine Experimente“ und „Kurs halten! Darum CDU“ in den Wahlkampf. Es wurden keine neuen Anmerkungen für Vertriebene gemacht, jedoch stand ‚Wohlstand für alle‘ zentral. Die Vertriebenen wurden also 1953 im zusätzlichen Programm der CDU schon angesprochen und im Jahre 1957 wurden sie indirekt als normale Bevölkerungsschicht angesprochen, was die Partei aber konkret für die Vertriebenen machen würde, bleibt unbenannt.

---

<sup>41</sup> Christlich Demokratische Union: *Düsseldorfer Leitsätze über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau*. Düsseldorf: Deutschland Union Druck 1949.

<sup>42</sup> CDU: *Hamburger Programm, Das Programm der CDU für den zweiten Bundestag*. Bonn: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands 1953.

Die zweite große politische Partei, die in der Analyse zum Niedergang des BHE berücksichtigt werden muss, ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Die SPD war nicht die regierende Partei und kann deshalb neue Wählerschichten gesucht haben und im Zuge dessen den Vertriebenen einige Zusagen gemacht haben. Bei der Analyse des Wahlprogramms der SPD 1949 fällt auf, dass im Verhältnis zur CDU viele politische Standpunkte eingenommen wurden, die ansprechend für die Vertriebenen sind. So war von einer Gleichberechtigung von Vertriebenen, von sozialem Wohnungsbau und von Hilfe für die wirtschaftlich Schwachen die Rede.<sup>43</sup> Dies alles sind Schwerpunkte, die der BHE später ebenfalls setzte. Im Wahlprogramm für die Bundestagswahlen 1953 wurden den Vertriebenen wiederholt viele Worte gewidmet. Die Eingliederung der Vertriebenen sei ein „besonders dringliches Problem“. <sup>44</sup> Alle Aufgaben zur tatsächlichen Gleichberechtigung seien längst nicht gelöst.<sup>45</sup> Das Bewusstsein, dass die Vertriebenen eine besondere Lage in der westdeutschen Gesellschaft einnahmen, war bei der SPD demnach bereits anwesend. Im Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahlen 1957 wird das Vertriebenenthema nicht explizit aufgenommen, was in Zusammenhang mit der verbesserten sozialökonomischen Lage der Vertriebenen verstanden werden kann.

In der Analyse der Parteiprogramme der beiden groten Parteien der Bundesrepublik hat sich erwiesen, dass sowohl die CDU als die SPD die Vertriebenenprobleme als Aktionspunkte in ihre Wahlprogramme aufnahmen. Man sieht aber, dass die SPD sie nur bei den Wahlen 1949 und 1953 im Wahlprogramm aufgenommen hatte, zu einer Zeit, als sich der BHE noch in der Aufstiegsphase befand und die Probleme der Vertriebenen nach wie vor groß waren. Bei der CDU scheint erst ab 1953 das Bewusstsein anwesend gewesen zu sein, dass die Vertriebenen für die Partei zu gewinnen waren, jedoch einen großen Wahlkampf um die Vertriebenen scheint es aufgrund der begrenzten Rolle der Vertriebenenpolitik in den Wahlprogrammen nicht gegeben zu haben. Es muss jedoch bemerkt werden, dass hier nur Parteiprogramme und nicht deren tatsächliche politische Umsetzung analysiert worden sind.

Zusammenfassend ist zu den parteiexternen Faktoren zu sagen, dass die groten akuten Probleme im Laufe der 50er Jahre gelöst waren und dass die anderen politischen Parteien keine großen Änderungen in ihrer Politik machten, um die Vertriebenen vom BHE abzuwerben. Trotzdem dürfen diese beiden Faktoren nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Als die sozialökonomischen Probleme der Vertriebenen abnahmen, wurden die Vertriebenen nämlich ‚normalere‘ Bürger, die sich womöglich weniger schnell für eine Vertriebenenpartei entscheiden würden. Da die obengenannten parteiexternen Faktoren

---

<sup>43</sup> SPD: *Wahlaufruf der Sozialistischen Partei Deutschlands*. Hannover: sozialdemokratischer Pressedienst 1949.

<sup>44</sup> SPD: *Das Wahlprogramm der SPD*. Koblenz: Vereinsdruckerei und Verlag SPD 1957, S.15.

<sup>45</sup> SPD 1957.

unzureichend hinsichtlich einer Antwort auf die Frage, warum der BHE so schnell niedergeht sind, wird im nächsten Abschnitt weiter auf die parteiinternen Faktoren eingegangen.

#### **4.2.2 Parteiinterne Faktoren**

Neben den obengenannten parteiexternen Faktoren, sind auch parteiinterne Faktoren zu erwähnen, die zum Niedergang des BHE beigetragen haben können. Als erster Faktor ist zu nennen, dass der BHE die Hoffnungen der W hler nicht erfüllen konnte, da sie nicht genug Einfluss auf die Politik ausüben konnte. Daneben können parteiinterne Konflikte und Undeutlichkeit bezüglich der inhaltlichen Parteilinie zu einer Schwächung der Partei beigetragen haben. Auch kann es eine Änderung der politischen Zielsetzung zur Folge gehabt haben, mit der ein Teil der Mitglied- oder Wählerschaft nicht einverstanden ist. Als letztes sei zu benennen, dass, wenn eine politische Partei sich einmal in dieser Abwärtsspirale befindet, es schwierig ist, einen Ausweg aus dieser negativen Spirale zu finden.

Der erste Faktor, der in Bezug auf den Niedergang des BHE analysiert wird, ist der Faktor der Unfähigkeit, Einfluss auf die Politik auszuüben. Hat das Unvermögen, Erfolge zu leisten zum Niedergang des BHE beigetragen? Im vorigen Abschnitt hat sich erwiesen, dass die sozialökonomische Lage der Vertriebenen, für deren Verbesserung der BHE sich einsetzte, sich im Laufe der Jahre deutlich verbessert hat. Es ist möglich, diese Verbesserung als ein Erfolg der Partei einzuordnen, jedoch muss es im breiteren Rahmen des Wirtschaftswunders betrachtet werden, infolgedessen der allgemeine Wohlstand der Deutschen zunahm. Insofern ist dies nicht als Erfolg des BHE zu kennzeichnen, sondern eher als Erfolg der CDU, der das Wirtschaftswunder in der Literatur im Allgemeinen zugeschrieben wird. Als der BHE aber 1953 in den Bundestag kam, führte die Partei das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgesch digte. Der BHE entwickelte dieses Ministerium von einer Dienststelle zur Ausgabe von Fl chtlingsausweisen hin zu einem echten Ministerium und so lieferte dieses Ministerium mittels der Lastenausgleichsgesetze und des Bundesvertriebenengesetzes, in denen wirtschaftliche Hilfe und die staatliche Hilfe für Vertriebene garantiert wurde, einen Beitrag zur Eingliederung der Vertriebenen. Inwiefern die W hler dies als Erfolg des BHE erfuhren und inwiefern von einem Einfluss auf das Bild des BHE bei den Wählern zu reden sein kann, ist schwer festzustellen. Franz Neumann ist der Meinung, dass der BHE lediglich auf Grund des grundsätzlichen Wunsches, an einer Koalition teilzunehmen, in der Koalition anwesend war, und nicht da die Partei so viel erreichen konnte.<sup>46</sup> Meiner Meinung nach jedoch ist von dem Gegenteil die Rede: Der BHE war in den Koalitionen anwesend, weil sie hier den maximalen Erfolg leisten konnten. Laut Hans Herwarth von Bittenfeld, Landtagabgeordneter des BHE in Schleswig-Holstein, „spielte

---

<sup>46</sup> Neumann 1968, S.111.

der Gedanke, in die Opposition zu gehen, nur kurze Zeit eine Rolle“ und wurde auf Grund der viel gr o eren Wirkungsmöglichkeiten in einer Regierung bald fallen gelassen.<sup>47</sup> Vor allem ist das Verhältnis zwischen der großen CDU und dem kleinen BHE als Grund der Unfähigkeit, einen deutlichen Stempel auf die Bundespolitik zu drücken, zu beachten. Manche der Parteimitglieder waren nicht mit der ausschließlich auf sozialökonomische Aspekte bezogenen Parteilinie einverstanden, was später zu parteiinternen Spannungen geführt hat, auf die im Folgenden ausführlich eingegangen wird.

Ein zusätzlicher Grund, der, neben den parteiexternen Faktoren, zum Niedergang des BHE beigetragen haben kann, ist der parteiinterne Streit. Im dritten Kapitel wurde bereits darauf hingewiesen, dass es in der Geschichte des BHE zu parteiinternen Spannungen gekommen war. Diese Spannungen basierten im Grunde auf dem Zwiespalt zweier Wünsche, die innerhalb der Partei lebten. Der Zwiespalt entstand aus der Frage, ob die Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft eingliedern mussten, oder ob sie sich auf die alte Heimat konzentrieren mussten. Diese Spannungen führten 1955 zum Austritt von Parteigr nder Waldemar Kraft, Parteivorsitzenden Theodor Oberländer und anderen Parteimitgliedern. In diesem Abschnitt wird auf die Frage eingegangen, wie der BHE mit den Spannungen um diese zwei Interessen in der Partei umgegangen ist. Zuerst wird nachgegangen, wie der BHE sich bei der Gründung profiliert hat, danach wird auf die Frage eingegangen, bezüglich welcher Punkten Kraft und Oberländer kritisiert wurden und infolgedessen aus der Partei austraten. Am Ende folgt eine Betrachtung der Antwort auf die Frage, ob es bei dem neuen Parteivorstand nach dem Austritt von Kraft und Oberländer eine Änderung in der politischen Zielsetzung des BHE wahrzunehmen ist.

Bei der Analyse der parteiinternen Spannungen ist es notwendig, sich zuerst eine Übersicht der parteipolitischen Zielsetzungen vor diesem Konflikt zu verschaffen. Wie profilierte der BHE sich bei seiner Gründung? Wurden vor allem sozialpolitische Aspekte oder nationalpolitische Aspekte hervorgehoben?

Bei der Betrachtung des vom BHE herausgegebenen Sammlungsaufrufs des Wahlausschusses der Heimatvertriebenen im Wahlkreis Rendsburg vom Jahr 1950 sind drei Sätze auffallend: „Lange genug habt Ihr über Eure verzweifelte und aussichtslose Lage geklagt.“, „Es gibt doch nur ein Vaterland, nur eine Heimat aller Deutschen.“ und „Es kann daher auch in der Gegenwart nur gleiche Rechte und Pflichten geben.“<sup>48</sup> Es wurde bei der Gründung der Partei den künftigen Wählern gegenüber also betont, dass der Status quo der Vertriebenen aussichtslos war und verändert werden musste, dass es nur ein Vaterland gab,

---

<sup>47</sup> Interview Hans Herwarth von Bittenfeld, April 1964. Nach: Neumann 1968, S.36.

<sup>48</sup> Sammlungsaufruf des Wahlausschusses in Rendsburg. Aus: Neumann 1968, S.410f.

womit auf die Rückgewinnung der verlorenen Gebiete hingewiesen wurde, und dass gleiche Rechte und Pflichten für Vertriebene gelten müssten. Im Sammlungsaufwurf wurden also beide Aspekte, sowohl Gleichberechtigung als auch der nationale Aspekt, betont. Es muss aber bemerkt werden, dass es hier um einen Sammlungsaufwurf ging, durch den das Interesse der potentiellen Wähler wachsen sollte und um kein Wahlprogramm mit Zielen für die Regierung, was dafür sorgt, dass auch der Wunsch nach einer Wiedervereinigung mit allen ‚deutschen‘ Gebieten geäußert werden konnte.

Bei der Analyse des Parteiprogramms 1950 in Schleswig-Holstein, ist wahrzunehmen, dass in der Einleitung ausschließlich über die sozialökonomische Gleichberechtigung der Heimatvertriebenen gesprochen wurde. Nach der Einleitung wurde direkt darauf eingegangen und womöglich auch davon ausgegangen, dass die alten Heimatgebiete zukünftig zum deutschen Gebiet zurückkehren würden. „Die [...] heimatlos gewordenen Deutschen [...] haben erkannt, daß ihre Not und ihr Leid nur gelindert werden können durch eine Partei, die sich das Ziel gesetzt hat, ihre Heimat mit friedlichen Mitteln wieder zu erringen und neu aufzubauen sowie ihre gemeinsamen Interessen während der Übergangszeit in Westdeutschland energisch und freimütig zu vertreten.“<sup>49</sup> Nach diesen Äußerungen wurde allerdings nur noch über Sozialpolitik gesprochen und nicht mehr über das Wann und Wie der Wiedererringung der alten Heimat. Die Tatsache, dass eine weitere Erläuterung fehlte, weist daraufhin, dass der BHE keine konkreten Ideen hierzu hatte. Wie diese Lage gelöst werden sollte und wie lange sie dauern würde, scheint auch für die Vertriebenen unbekannt gewesen zu sein.

Diese politische Zielsetzung ist ebenfalls im Wahlprogramm für die Bundestagswahlen 1953 zurückzufinden. In diesem Programm wurden zehn Punkte aufgelistet, für die der BHE eintrat. Zwar handelte der erste Punkt über die Errichtung eines Gesamtdeutschlands in einem vereinigten Europa, jedoch beinhaltete das weitere Wahlprogramm lediglich Punkte über Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, wie etwa Gleichberechtigung von Vertriebenen, Frauen und anderen Religionen oder anteilmäßiger Ausgleich der Lasten des verlorenen Krieges über die gesamte Bevölkerung. Dies sieht man auch in den Forderungen des BHE in den Koalitionsgesprächen mit der CDU zur Bildung der zweiten Regierung Adenauer 1953. Der BHE forderte eine Intensivierung der Arbeit für Vertriebene im Vertriebenenministerium, eine Förderung der Vertriebenensiedlung in der BRD, eine Intensivierung des Wohnungsbaues und so noch einige weitere sozialen Anliegen. Zur Außenpolitik wurde zwar gefordert, dass die Regierung den Status der deutschen Ostgebiete und der Saar nicht völkerrechtlich verbindlich machte, was die CDU auch vorsichtig äußerte. Im Folgenden wird

---

<sup>49</sup> Programm des BHE in Schleswig-Holstein 1950. Kiel: Abgedruckt im Mitteilungsblatt des BHE 1950.

jedoch gezeigt, dass diese außenpolitischen Anliegen für die BHE-Führung von wenig Bedeutung waren, was daraus zu schließen ist, dass es zu parteiinternen Spannungen kam, weil die Parteiführung laut einiger Parteimitglieder auf außenpolitische Wünsche verzichtete.

Es kann also konkludiert werden, dass sich der BHE in der Gründungsphase bis zu den Koalitionsverhandlungen vor allem für soziale Anliegen einsetzte und nationale Ideen zwar vage formulierte, aber keiner aktiven Politik zur Erreichung der außenpolitischen Ziele nachgestrebt hat.

Wie vormals bereits erwähnt, kam es zu parteiinternen Spannungen. Die Kritik der innerparteilichen Opposition an den Parteivorstand basiert vor allem auf der obengenannten Politik: Sozialpolitisch ging der BHE gut vor, jedoch t te Waldemar Kraft, der Opposition nach, außenpolitisch zu wenig. Es herrschte vor allem Kritik an der Haltung des BHE in den Debatten um die Westbindung der Bundesrepublik und im Konkreten um die Saar. Auf diese beiden politischen Debatten wird im Folgenden weiter eingegangen.

Im Rahmen des Kalten Krieges hatte Bundeskanzler Adenauer bereits ab der Gründung der Bundesrepublik geäußert, dass Deutschland sich dem Westen zuwenden musste. Adenauer versuchte, die Bundesrepublik in die westliche, demokratische Welt zu integrieren. Adenauer akzeptierte ziemlich schnell, dass Deutschland ein geteiltes Land war und er führte keine Gespräche mit der DDR zur Einigung Deutschlands, sondern eine Politik der Stärke, aus der sich die Vorherrschaft der kapitalistischen Ideologie erweisen würde. Zu dieser Westbindung oder Westintegration gehörte die Einbettung der BRD in europäische Institutionen, wie die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (deren Verhandlungen scheiterten) und auch in die NATO.

Waldemar Kraft hatte während der Koalitionsverhandlungen 1953 im Namen des BHE die Außenpolitik Adenauers akzeptiert, vorausgesetzt, dass Adenauer der Eingliederung und Gleichberechtigung der Vertriebenen zusagen würde. Kraft behauptete, dass er Adenauers Voraussetzungen zur deutschen Außenpolitik zusagen musste, weil die westliche Welt einer deutschen Ablehnung der weiteren Westintegration der BRD skeptisch gegenüber stehen würde. Laut der USA, Großbritannien, Frankreich und auch Adenauer war die einzige Möglichkeit für die BRD die Westbindung. Ein anderer Grund für den BHE, der Westbindung zuzusagen, war die Tatsache, dass die Koalitionsbildung davon abhängig war.<sup>50</sup> Für Kraft galten also vor allem strategische Gründe, um mit der Westbindung einzustimmen.

Innerhalb des BHE wurden Fragen der Folgen der Westbindung aufgeworfen. Wenn die BRD sich im Westen verankern würde, würde eine Wiedervereinigung mit der DDR und den

---

<sup>50</sup> Neumann 1968, S.103.

ehemaligen Reichsgebieten von der Tagesordnung verschwinden. Viele Heimatvertriebene wollten die alten Heimatgebiete zurück oder zumindest r ckkehren und sahen den Aufenthalt im Westen als eine temporäre Lösung, was aus dem bleibenden Fokus auf die alte Heimat deutlich wird. Eine Zusage zur Westbindung wurde von dieser Gruppe als Verzicht auf die Ostgebiete gesehen, wodurch die Kritik an Waldemar Kraft vergr o erte, was vor allem auf der Bundesvorstandssitzung deutlich wurde.

Im Rahmen der Verträge um die Westintegration stand im Jahre 1954 die Saarfrage auf der Tagesordnung der Bundespolitik. Bei der Saarfrage ging es darum, ob das Saarland französisch, deutsch oder unabhängig sein sollte. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte das Saarland zur französischen Besatzungszone und es stand unter Aufsicht des Alliierten Kontrollrates. Es gab Pläne von Adenauer und dem französischen Ministerpräsidenten Pierre Mend s France, das Saarland zu europ isieren. Diese Europäisierung beinhaltete, dass das Saarland zu einem außerstaatlichen Territorium verschiedener europäischer Institutionen werden sollte. Das Statut wurde jedoch nach einer Volksabstimmung 1955 von der Saarbev lkerung abgelehnt.<sup>51</sup>

Diesen Plänen hatte Waldemar Kraft zugesagt, da er dem Koalitionspartner, der CDU, Treue zeigen wollte. Daneben war es für Kraft als Koalitionspartner keine Option, abzulehnen, da das Saarstatut Teil der Pariser Verträge waren, von denen auch der deutsche Beitritt zur NATO und WEU und die deutsche Souveränität abhängig waren. Die Saarfrage löste innerhalb des BHE, aber auch in gr o eren Teilen der westdeutschen Bevölkerung, eine große Diskussion aus, die im Fall vom BHE im Austritt von Kraft und Oberländer gipfelte. Der wichtigste Vorwurf, den die Kraft-Gegner äußerten, war, dass ein Verzicht auf das Saarland eine Präjudiz für den Verzicht auf die Ostgebiete wäre.<sup>52</sup> Auch Erich Simmel, Vorsitzender des bayerischen BHE-Landesverbandes, sagte auf der Bundesvorstandssitzung 1954, dass „ohne zwingende Not [...] auf deutsches Gebiet nicht verzichtet werden [darf].“<sup>53</sup> Aber auch positive Stimmen waren dem Saarstatut gegenüber zu hören: „Das Saarstatut bedeutet gegenüber den augenblicklichen Zustand einen erheblichen Fortschritt. Das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf die Heimat wird nicht angetastet“, meinte Dr . Alfred Gille, außenpolitischer Sprecher des BHE, der die westlichen und östlichen Gebiete unabhängig voneinander sah.<sup>54</sup> Waldemar Kraft äußerte sich bei der Bundesvorstandssitzung vom 2.11.1954 sehr deutlich: „Wenn das Saarstatut abgelehnt wird, dann sind auch die anderen Verträge (i.e. Generalvertrag für deutsche Souveränität, WEU- und NATO-Beitritt) hinfällig. Das Besatzungsrecht bleibt erhalten. Keine deutsche

<sup>51</sup> Saarstatut und Volksabstimmung 1955. <http://www.saarland.de/4795.htm> (23.12.2014).

<sup>52</sup> Dr. Keller bei der Bundesvorstandssitzung vom 2.11.1954. Nach: Neumann 1968, S.145.

<sup>53</sup> Erich Simmel bei der Bundesvorstandssitzung vom 2.11.1954.

<sup>54</sup> Dr. Gille bei der Bundesvorstandssitzung vom 2.11.1954.

Wiederbewaffnung. Der BHE braucht sich nicht an seinen Wählern orientieren, die sowieso den Wortlaut der Verträge nicht kennen. Das Saarstatut bessert die Stellung der BRD.<sup>55</sup> Die Kritik bestand also vor allem daraus, dass die Saarfrage unabhängig von den anderen Verträgen behandelt werden müsste, was in der Praxis nicht möglich war.

Es gab zu der Frage des Saarstatuts also sehr unterschiedliche Meinungen im BHE, was schließlich zu einer Spaltung der Partei führen würde. Waldemar Kraft trat als Parteivorsitzender zurück und ein Jahr später, im Jahre 1955, trat er mit Oberländer und andere Anhänger definitiv aus dem BHE aus, woraufhin die meisten dieser Austrittsgruppe der CDU beitraten. Die Austrittsgruppe war nicht sehr groß (ungefähr ein Fünftel der Bundespartei), jedoch verlor die Partei mit Kraft und Oberländer die zwei bekanntesten Parteimitglieder.

Aus der Analyse der unterschiedlichen Standpunkte der beiden Gruppen lässt sich schließen, dass die Gruppe Kraft vor allem eine realistische Politik führte, da sie einsah, dass die Gebiete nicht einfach zurückzugewinnen waren und der Meinung war, dass man sich besser auf die innenpolitische Sozialpolitik fokussieren sollte. Die Mitglieder dieser Fraktion sahen sich genötigt, dem Saarstatut zuzusagen, weil Deutschland sich sonst nicht weiter in den Westen integrieren könnte. Die andere Gruppe ist vor allem als utopisch und wirklichkeitsfern zu kennzeichnen, da sie Ziele erreichen wollte, die wegen des Kalten Krieges weit von der Wirklichkeit entfernt waren. Es war nicht zu erwarten, dass Deutschland schnell wiedervereint werden konnte, sicherlich nicht mit den ehemaligen Reichsgebieten, die nun Polen oder der Tschechoslowakei gehörten.

Nach dem Austritt von Kraft und Oberländer hatten die Gegner des ehemaligen Programms das Sagen. Friedrich von Kessel wurde Bundespartei vorsitzender. Der folgende Abschnitt verdeutlicht, dass diese Änderung des Parteivorstands die politische Richtung der Partei ändert und sich vor allem auf die Ostgebiete konzentriert und mit der Wiedervereinigung der BRD und DDR anfangen wollte. Eine Folge dieser Änderung war der Austritt des BHE aus der Koalition im Bundestag und sein Übergang zur Opposition.

Auf dem Bundesparteitag 1956 präsentierte der BHE ein sozialpolitisches Aktionsprogramm, in dem die Partei unter anderem den Bundestag dazu aufruft, die Sozialpolitik unter dem Gesetz der Wiedervereinigungspolitik zu stellen. Während der BHE bis zu diesem Zeitpunkt Sozial- und Außenpolitik deutlich voneinander getrennt hielt, stand ab dann die Wiedervereinigung an erster Stelle. Des Weiteren stellte der BHE auf diesem Bundesparteitag zehn Forderungen zur deutschen Ostpolitik auf. Eine dieser Forderungen

---

<sup>55</sup> Waldemar Kraft bei der Bundesvorstandssitzung vom 2.11.1954.

war, dass die Bundesregierung als wichtigste Aufgabe ihrer Politik die Wiedervereinigung mit der DDR ansehen sollte. Bei der Erreichung Gesamtdeutschlands sollte die Bundesregierung sich für das Recht auf die Heimat für jeden einsetzen. Erst nach Einstellung einer gesamtdeutschen Regierung könnte mit zum Beispiel Polen und der Tschechoslowakei über den Grenzverlauf verhandelt werden. Es ist also deutlich, dass die Grenzen von 1956, was den BHE betrifft, nicht die endgültigen Grenzen sein sollten. Diese Forderungen des BHE waren nicht realistisch, da der Kalte Krieg sich in diesen Jahren weiter verschärfte und die westdeutsche Politik nicht mit einer schnellen Wiedervereinigung rechnete.

Eine deutliche Veränderung der Akzentuierung in der Politik des BHE ist beim Vergleich der Bundestagswahlprogramme von 1953 und 1957 wahrzunehmen. Während 1953 das Wahlprogramm vor allem von sozialpolitischen Wünschen ausging und lediglich in einem einzigen Punkt die Außenpolitik adressierte, unterschied sich das Wahlprogramm 1957 davon stark. Als erster Punkt im Wahlprogramm wurde die Außenpolitik aufgelistet, für die als Endziel „Das Reich“ formuliert wurde. Wie die Grenzen des ‚Reiches‘ festgelegt werden sollten, wurde nicht erläutert, jedoch war bereits von einem ‚wiedervereinigten Deutschen Reiches in den ihm zustehenden Grenzen‘ die Rede. Konkrete Grenzen konnten nicht angegeben werden, da man dann womöglich sensible Themenpunkte anderer Länder treffen würde. Dieses Reich sollte ebenfalls die ‚Freundschaften‘ mit dem Nahen Osten, Afrika, Südamerika und Südostasien, also fast mit der ganzen Welt, pflegen und weiterentwickeln. Bevor über Sozialpolitik gesprochen wurde, wurden zunächst noch die Staatspolitik, Wehrpolitik und Wirtschaftspolitik im Programm behandelt.<sup>56</sup> Daneben ist zu betonen, dass der BHE zwischen 1955 und 1957 im Bundestag nicht mehr viele inhaltliche Aspekte hervorhob, sondern vor allem damit beschäftigt war, Politiker, die die Ostpolitik, wie der BHE die sich vorstellte, in Frage stellten, als Verzichtspolitiker zu bezeichnen. Zu einer wirklichen Verbesserung in den Beziehungen zu der DDR und der Sowjetunion kam es nicht, was sich darin zeigt, dass ab 1958 von der Berlin-Krise die Rede ist und 1961 sogar die Berliner Mauer gebaut wird. Die neue Profilierung war nicht mehr die Eingliederungspolitik, sondern die Ostpolitik. Eine Parole, die in diesen Zeiten oft vom BHE geäußert wurde, war „Verzicht ist Hochverrat.“<sup>57</sup>, was auf eine Radikalisierung hinweist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine Änderung in der Politik des BHE stattgefunden hat. Ab der Gründung des BHE ist die Interessenlage der Partei in zwei Gebiete einzuordnen: Das Lösen von sozialökonomischen Problemen und die Orientierung auf die alten Heimatgebiete. In den Anfangsjahren wurde vor allem der sozialökonomische

---

<sup>56</sup> BHE: *Düsseldorfer Leitsätze*. Düsseldorf 1957.

<sup>57</sup> Neumann 1968, S.191.

Aspekt der Vertriebenenpolitik betont, bei der unter anderem die Arbeitslosigkeit unter Vertriebenen verkleinert werden sollte und die Gleichberechtigung der Vertriebenen im Vergleich zu der einheimischen Bevölkerung zentral stand. Nach den Spannungen 1954/55, die zum Austritt von Kraft und Oberländer führten, geriet die Ostpolitik in den Vordergrund, bei der der Fokus auf einer Wiedervereinigung der BRD mit der DDR und den ehemals deutschen Ostgebieten lag. Inwiefern diese Änderung eine Rolle beim Niedergang des BHE gespielt hat, ist schwierig festzustellen, jedoch weist einiges daraufhin, dass dem tatsächlich so war. Die plötzliche Abnahme der Mitgliederzahlen von 1956 (158.000 Mitglieder) auf 1957 (122.000 Mitglieder) mit ungefähr 23%<sup>58</sup> ist ein Indikator dafür, dass die Radikalisierung der Partei in Richtung Nationalpartei einen großen Einfluss auf den Niedergang des BHE gehabt hat. Zuletzt ist zu bemerken, dass der BHE sich ab dem Machtwechsel in einer Abwärtsspirale befand, aus der ein Wiederaustritt sich als schwierig gestaltete. Als der BHE es 1957 nicht schaffte, erneut in den Bundestag gewählt zu werden, schrieb der BHE-Vorstand es der Tatsache zu, dass zu viele W hler zweifelten, ob der BHE die Wahlh rde  berspringen würde, und deshalb für andere Parteien stimmten.<sup>59</sup> Ob dies der Wahrheit entspricht, lässt sich im Nachhinein nicht überprüfen, jedoch kann dies nicht der einzige Grund für das Scheitern der Partei gewesen sein.

### **4.3 Niedergang zusammengefasst**

In diesem Kapitel sind verschiedene Faktoren, die zum Niedergang des BHE beigetragen haben können, untersucht worden. Zunächst wurde bemerkt, dass der BHE als eine Interessenpartei für Vertriebene zu kennzeichnen ist, was dazu führt, dass die Partei mit typischen Problemen für Interessenparteien zu kämpfen hatte. Die Tatsache, dass die sozialökonomische Lage der Vertriebenen, vor allem die Abnahme der Arbeitslosigkeit, sich im Laufe der 1950er Jahre verbesserte, hat sicherlich eine Rolle beim Niedergang des BHE gespielt. Danach wurde untersucht, ob die CDU und SPD die Themen des BHE  bernahmen, was zum Wegfallen der Legitimierung beitragen konnte, jedoch konnte das nicht bestätigt werden. Bei der CDU wurden bereits im Jahre 1953 die Vertriebenenprobleme im Wahlprogramm aufgenommen, jedoch wurde hierauf weiter nicht viel Wert gelegt. Bei der SPD waren 1949 bereits Anweisungen dafür zu finden, dass die Anliegen der Vertriebenen bei der SPD ernst genommen wurden, jedoch legt die SPD den Nachdruck von jeher auf soziale Anliegen und insofern ist die Politik nicht als Vertriebenenpolitik zu kennzeichnen. Eine wirkliche Änderung, die zum Niedergang des BHE beigetragen hat, ist hier allerdings nicht wahrnehmbar. Verknüpft man hingegen diese beiden Faktoren miteinander, ist festzustellen, dass die verbesserte sozialökonomische Lage dazu führte, dass mehrere

---

<sup>58</sup> Mitgliederzahlen nach: Neumann 1968, S.288.

<sup>59</sup> Neumann, S.201.

Vertriebene sich als normale Bürger sahen, die den BHE nicht mehr für die Eingliederung in die BRD brauchten.

Aus der Analyse der parteiinternen Faktoren kamen deutlichere Aspekte ans Licht, die zum Niedergang des BHE beigetragen haben können. Zuerst wurde angesprochen, dass der BHE nur eine kleine Partei war, deren Einfluss der CDU gegenüber nicht sehr stark war, was dazu geführt hat, dass der BHE in der Koalitionsbildung lediglich sozialökonomische Forderungen an die CDU hatte. Des Weiteren vertrat der BHE zwei Interessen: Zum einen eine Verbesserung des Lebens im Westen, zum anderen die Aufrechterhaltung des Rechts auf Heimat. Anfänglich war die Partei einmütig darüber, dass die sozialökonomische Linie vorangestellt werden musste, ab 1954 allerdings, als die außenpolitischen Debatten im Bundestag auf die Tagesordnung kamen und der BHE sich zur Außenpolitik äußern musste, kam es zu parteiinternen Problemen, die nach dem Austritt von Kraft, Oberländer und einigen anderen zu einer Änderung der Zielsetzung führten. Durch diese Änderung der Zielsetzung wurde der BHE immer radikaler. Ab dieser neuen Phase der Politik des BHE ist auch ein Niedergang des BHE in den Erfolgen wahrzunehmen, zum einen hinsichtlich der Wahlergebnisse, aber ebenfalls in der radikalen Senkung der Mitgliederzahlen.

Es lässt sich schließen, dass der BHE ab 1955 durch die Verbesserung der sozialökonomischen Lage und auf Grund des innerparteilichen Streites, der eine Änderung der politischen Zielsetzung zufolge hatte, als Partei in eine Niedergangsphase kam, aus dem der BHE keinen Ausweg mehr fand.

## 5. Fazit

In der Einleitung wurden einige Probleme bei der Forschung über und der Erinnerung an den BHE deutlich. So gab es kein übereinstimmendes Bild über den BHE: War die Partei vor allem sozial geprägt, oder eher revanchistisch, um das deutsche Gebiet vergr o ern zu können? Daneben gab es keine deutliche Erklärung für den raschen Niedergang des BHE. Hat der Niedergang vielleicht mit einer veränderten politischen Zielsetzung zu tun gehabt?

Aus dieser Arbeit ist deutlich geworden, dass die Probleme der Vertriebenen in den westlichen Besatzungszonen, die später die BRD bildeten, sehr groß waren. In der BRD bildeten die Vertriebenen eine besondere Gruppe, die mit Problemen mit unter anderem Unterbringung und Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten. Der BHE wurde gegründet, um die Probleme der Vertriebenen zu bekämpfen. Der BHE erlebte eine rasche Aufstiegsphase, in der die Partei große Erfolge leistet, woraufhin sie jedoch auch rasch wieder verschwindet.

Aus der Analyse des Niedergangs des BHE lässt sich schließen, dass alle analysierten Faktoren einen Einfluss auf den Niedergang des BHE geleistet haben, aber dass vor allem die verbesserte sozialökonomische Lage der Vertriebenen, die parteiinterne Spannungen und die veränderte Zielsetzung der Partei zum Niedergang des BHE beigetragen haben.

Zur Beantwortung der Frage, inwiefern die Hervorhebung sozialökonomischer und weltanschaulicher Schwerpunkte mit dem Aufstieg und Niedergang des BHE verknüpft ist, lässt sich sagen dass der Aufschwung des BHE vor allem mit der sozialökonomischen Zielsetzung der Partei zusammenhing. Zu dieser Zeit sahen sich die Vertriebenen vielen Erschwernissen gegenüberstehen und der BHE fokussierte vor allem auf diese Probleme, während die Partei Äußerungen zu der außenpolitischen Politik auf dem Hintergrund hielt. Im Jahre 1953 trat der BHE zusammen mit der CDU und der DP im Bundestag in die Koalition ein, jedoch fiel die Stimme des BHE nicht stark ins Gewicht gegenüber der großen CDU. Der BHE konnte einige Forderungen zu der Sozialpolitik stellen, aber nicht alle Parteimitglieder waren hiermit zufrieden, da sie der Meinung waren, dass die alten Heimatgebiete Deutschland gehörten. Zu dieser Zeit nahmen die sozialökonomischen Probleme der Vertriebenen schnell ab und die Integration der Vertriebenen immer besser in die westdeutsche Gesellschaft verlief immer besser. In den Jahren 1954-1955 wuchsen die Spannungen innerhalb des BHE und Kraft und Oberländer traten zusammen mit einigen anderen aus der Partei aus. Ab diesem Moment ist eine Niedergangsphase wahrzunehmen. Dieser Niedergang hat einerseits mit der Normalisierung der Vertriebenen in der BRD zu tun, andererseits haben die parteiinternen Spannungen die Partei geschwächt. Da die Fokussierung auf Eingliederung der Vertriebenen nicht für immer ausreichen würde, suchte die Partei eine neue Orientierung, die in der Fokussierung auf die Ostgebiete gefunden

wurde. Der BHE richtete sich nach dem Austritt von Kraft und Oberländer vor allem auf die Wiedererringung der ehemaligen Reichsgebiete. Zuerst sollte eine Wiedervereinigung mit der DDR erreicht werden, um dann mit Polen und der Tschechoslowakei über die ehemaligen deutschen Gebiete zu sprechen. Die Wahlergebnisse und Mitgliederzahlen des BHE nahmen ab dieser Neuorientierung ab.

Es lässt sich schließen, dass die Vertriebenen von Anfang an eine heterogene Gruppe bildeten, die verschiedene Interessen hatten. Einerseits lag der Fokus auf Lebensrecht im Westen, andererseits auf Heimatrecht im Osten. In den Anfangsjahren des BHE führte die Partei eine von der weltpolitischen Lage bewusste, realistische Politik, bei der keine Ansprüche auf die alten Heimatgebiete gemacht wurden, sondern lediglich Forderungen an die Eingliederung der Vertriebenen gestellt wurden. Als die akuten Probleme der Vertriebenen abnahmen, verschob der Fokus mehrerer Vertriebenen sich auf das Heimatrecht im Osten, was auch in der Partei zurückzusehen war. Diese Neuorientierung auf die Ostgebiete sorgte dafür, dass der BHE radikalere Standpunkte einnahm, um sich von den anderen politischen Parteien zu unterscheiden. Diese Neuorientierung führte dazu, dass der BHE weniger Erfolge leisten konnte, wodurch die Partei schließlich verschwand.

Eine derartige Studie zur politischen Zielsetzung und zur Entwicklung des Blocks der Heimatvertriebenen und Vertriebenen hat es bislang nicht gegeben und daher schließen die Ergebnisse dieser Arbeit bei der Vertriebenenforschung, die seit der Wiedervereinigung Deutschlands immer weiter enttabuisiert ist, an. In dieser Arbeit wurde nachgewiesen, inwiefern der Aufstieg und Niedergang des BHE mit der politischen Zielsetzung der Partei zu tun hatte, aber auch dass die Niedergangsphase des BHE nicht, wie von Gnad behauptet, erst ab dem Jahre 1957 mit dem Verlassen des Bundestags anfang, sondern bereits nach dem Austritt von Kraft und Oberländer und dem Austritt aus der Koalition im Bundestag. Daneben wurde in der Einleitung darauf hingewiesen, dass kein einheitliches Bild über die Identität des BHE besteht und in dieser Arbeit wurde nachgewiesen, dass die Identität des BHE eine Verschiebung von Sozialpartei nach (radikaler) Nationalpartei durchgemacht hat.

Zusammenfassend und abschließend kann festgestellt werden, dass der BHE eine heterogene Partei war, die eine Bilanz zwischen Sozialpolitik und Nationalpolitik suchte und mit der Antwort darauf ihre Mitglieder- und Wählerschaft nicht zufriedenstellen konnte. Die größten sozialökonomischen Probleme der Vertriebenen wurden im Laufe der 1950er Jahre schnell kleiner, was das Hauptinteresse vieler Wähler zu weniger bedeutungsvoll machte. Mit der Verschiebung der politischen Zielsetzung von Sozialpolitik zu Nationalpolitik verlor der BHE noch mehrere Wähler, was schließlich zu ihrer Auflösung geführt hat.

## Literaturliste

### Literatur

Douglas, Ray M.: Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. München: C.H. Beck 2012.

Gnad, Oliver: *FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien: Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990*. Düsseldorf: Droste Verlag GmbH

Von der Heydte, Friedrich August, Sacherl, Karl: *Soziologie der deutschen Parteien*. München: Isar Verlag 1955.

Lattimore, Bertram Gresh: *The assimilation of German expellees into the West German polity and society since 1945. A case study of Eutin, Schleswig-Holstein*. Den Haag: Martinus Nijhoff 1974.

Lüttinger, Paul: „Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971.“ in: *Zeitschrift für Soziologie* 15 (1986), 1, S. 20-36.

Manig, Bert-Oliver: *Die Politik der Ehre, Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik*. Göttingen: Wallstein Verlag 2004.

Messerschmidt, Rolf: „Integration nicht ohne Ecken und Kanten – Neueste Literatur zur historischen Flüchtlingseingliederung und Minderheitenpolitik.“ In: *Neue politische Literatur* 45 (2000), Jg. 45. (Frankfurt a.M., 2000), 1, S. 292-307.

Neumann, Franz: *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei*. Meisenheim am Glan: Verlag Anton Hain 1968.

Stöss, Richard: *Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band 3: EAP bis KSP*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1986.

### Internetseiten

Der "Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) als parlamentarischer Arm des Revanchismus. 1998, <http://www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Themen/Revanchismus/nwh/bhe.html> (15.12.2014).

Saarland. Land & Leute. Saarstatut und Volksabstimmung 1955. <http://www.saarland.de/4795.htm> (23.12.2014).

Sich selbst überflüssig gemacht. Bayern & seine Geschichten . Der BHE – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. 2014, <http://www.ovb-online.de/bayern/sich-selbst-ueberfluessig-gemacht-3853300.html> (15.12.2014).

## **Statistiken**

Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Nürnberg 1953-1969.

Der Bundeswahlleiter. Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961. [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere\\_bundestagswahlen/btw1961.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1961.html) (16.12.2014)

Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Nürnberg 2012.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1953. Hrsg. vom statistischen Bundesamt.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1961. Hrsg. vom statistischen Bundesamt.

Zicht, Wilko: Bundestag. Ergebnisse der Bundestagswahlen. 2013, <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bundestag.htm> (16.12.2014).

## **Wahlprogramme**

BHE: *Düsseldorfer Leitsätze*. Verkündet auf dem Bundesparteitag. Düsseldorf 1957.

BHE: *Programm des BHE in Schleswig-Holstein 1950*. Kiel: Abgedruckt im Mitteilungsblatt des BHE 1950.

CDU: *Düsseldorfer Leitsätze über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau*. Düsseldorf: Deutschland Union Druck 1949.

CDU: *Hamburger Programm, Das Programm der CDU für den zweiten Bundestag*. Bonn: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands 1953.

SPD: *Wahlaufruf der Sozialistischen Partei Deutschlands*. Hannover: sozialdemokratischer Pressedienst 1949.

SPD: *Wahlprogramm der SPD*. Koblenz: Vereinsdruckerei und Verlag SPD 1957.

## **Anhang mit Beilagen**

### **Anhang A: Vertriebene in Westdeutschland**

### **Anhang B: Die Arbeitslosigkeit der Vertriebenen in den Ländern der Bundesrepublik von 1950-1960**

Anhang A: Vertriebene in den westdeutschen Ländern der Bundesrepublik von 1949-1960

Jahr	Bund		Baden-Württemberg		Bayern		Bremen		Hamburg		Hessen		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Rheinland-Pfalz		Schleswig-Holstein	
	vH		vH		vH		vH		vH		vH		vH		vH		vH		vH	
1949	7.671	16,3	792	12,5	1.938	21,2	44	8,1	103	6,6	703	16,4	1.851	27,2	1.267	9,7	91	3,1	887	33,5
1950	7.946	16,6	890	13,8	1.931	21,1	51	9,0	122	7,5	730	16,8	1.840	27,2	1.369	10,3	186	6,1	828	32,3
1951	8.120	16,8	950	14,4	1.912	20,9	57	9,8	138	8,6	750	17,1	1.794	26,8	1.527	11,2	216	7,0	776	31,1
1952	8.258	17,0	1.010	15,2	1.890	20,6	63	10,5	150	8,9	767	17,3	1.746	26,3	1.665	12,0	238	7,5	729	30,2
1953	8.451	17,2	1.085	15,8	1.865	20,4	69	11,4	136	9,5	785	17,5	1.714	26,1	1.847	13,1	255	7,9	668	28,5
1954	8.576	17,2	1.149	16,4	1.839	20,2	75	12,1	176	10,0	795	17,6	1.688	25,8	1.964	13,5	252	7,7	639	27,8
1955	8.756	17,4	1.207	16,8	1.829	20,0	82	12,9	188	10,6	812	17,7	1.674	25,3	2.081	14,0	262	7,9	622	27,2
1956	8.889	17,7	1.236	17,2	1.746	19,2	90	14,0	225	12,8	825	18,2	1.653	25,7	2.211	14,8	268	8,2	635	28,2
1957	9.149	18,0	1.288	17,6	1.756	19,0	98	14,8	238	13,5	854	18,4	1.663	25,5	2.341	15,4	282	8,5	638	28,2
1958	9.397	18,2	1.337	18,0	1.772	19,0	104	15,0	248	13,3	865	18,6	1.670	25,7	2.461	15,8	299	8,9	641	28,2
1959	9.556	18,4	1.368	18,1	1.784	19,0	109	15,8	257	14,1	897	18,7	1.671	25,5	2.542	16,2	305	9,0	641	28,0
1960	9.697	18,4	1.394	18,1	1.800	19,0	114	15,2	263	14,3	892	18,7	1.678	25,7	2.601	16,4	312	9,1	644	28,0

Tabelle 1: Vertriebene in Westdeutschland (in 1000), Stichtag jeweils 31. Dezember.<sup>60</sup>

Erläuterungen: Bund: ohne Saarland und Berlin

Erste Spalte gibt die Zahl der Vertriebenen (in 1000) an.

Die zweite Spalte gibt den Anteil Vertriebene im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung an.

<sup>60</sup> Statistisches Jahrbuch BRD 1953 und Statistisches Jahrbuch 1961.

Anhang B: Die Arbeitslosigkeit der Vertriebenen in den Ländern der Bundesrepublik von 1950-1960

Jahr	Bund		Baden-Württemberg		Bayern		Bremen		Hamburg		Hessen		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Rheinland-Pfalz		Schleswig-Holstein	
		vH		vH		vH		vH		vH		vH		vH		vH		vH		vH
<b>1950</b>	635.000	34,3	35.100	32,2	192.500	40,2	1.900	8,4	2.100	2,3	44.100	26,9	173.900	41,3	33.300	12,9	17.000	23,2	135.100	57,5
<b>1951</b>	522.834	33,4	30.128	37,9	155.224	38,1	2.374	9,1	2.775	3,0	34.677	28,0	149.921	40,1	22.757	12,6	14.382	19,2	110.596	53,4
<b>1952</b>	485.116	30,7	28.216	33,9	152.162	35,5	2.855	10,1	4.573	4,3	33.128	26,9	138.096	39,1	29.542	12,8	8.850	16,3	87.721	51,0
<b>1953</b>	405.268	29,1	27.913	32,0	131.341	32,7	3.046	111	5.030	7,1	32.681	26,9	110.577	39,3	26.575	14,0	6.558	13,2	59.547	44,3
<b>1954</b>	383.108	26,8	30.314	32,4	117.224	30,4	2.801	10,7	6.285	7,0	32.175	25,4	104.914	37,1	30.012	13,2	9.570	12,7	49.313	41,5
<b>1955</b>	357.064	25,4	26.019	30,6	109.033	28,7	2.153	10,9	6.165	7,7	29.023	23,8	97.911	34,9	30.926	13,4	9.291	10,6	46.543	38,7
<b>1956</b>	249.184	24,4	14.996	28,0	83.295	25,7	1.564	11,0	3.894	7,8	20.118	24,4	66.943	32,6	18.142	13,0	5.268	9,7	34.973	36,3
<b>1957</b>	164.675	23,5	9.162	27,3	54.646	24,4	1.222	10,3	2.668	8,4	13.536	23,1	45.125	30,8	12.148	12,5	3.935	11,4	22.143	34,5
<b>1958</b>	232.275	21,0	18.759	25,8	75.779	22,5	1.088	9,4	1.902	7,9	20.491	20,2	52.566	27,2	29.876	13,7	6.771	8,7	25.043	34,5
<b>1959</b>	114.805	19,5	5.707	24,4	40.111	21,6	960	8,9	1.244	8,5	8.875	20,3	26.837	25,0	13.787	11,0	3.369	9,7	13.933	30,1
<b>1960</b>	44.976	17,5	1.442	18,9	15.096	18,8	420	8,4	493	6,9	2.479	20,0	11.964	24,7	5.038	8,9	943	8,0	6.976	28,6

Tabelle 2: Arbeitslosigkeit der Vertriebenen, Stichtag jeweils 31. Dezember.<sup>61</sup>

Erläuterungen: Bund: ohne Saarland und Berlin

Erste Spalte gibt die Zahl der arbeitslosen Vertriebenen an.

Die zweite Spalte gibt den Anteil der arbeitslosen Vertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen im Verhältnis an.

<sup>61</sup> Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Nürnberg 1953-1969.